



## Presseschau vom 20.09.2022

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, snanews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dnr-news, novorosinform u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken dan-news, lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir, UNIAN, Ukrinform, KorrespondenT und die Online-Zeitung Timer aus Odessa* ein. Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dan-news, lug-info, dnr-news, novorosinform u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (BigMir, Ukrinform, UNIAN, KorrespondenT und Timer) gekennzeichnet. Die Wiedergabe russischer und anderer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet. Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Die Online-Version ist unter <https://alternativepresseschau.wordpress.com/> erreichbar.

### Technischer Hinweis:

Bei den ‚Lesetipps‘ und für Bilder verwenden wir externe Verweise auf die Originalquellen. Wegen aktuell bestehender Einschränkungen innerhalb der EU kann es vorkommen, dass einzelne Verweise zeitweilig nicht funktionieren.

In vielen Fällen lässt sich das Problem beheben, indem man in den Verbindungseinstellungen des jeweiligen Browsers ‚DNS über HTTPS‘ aktiviert ([Anleitungen](#) u.a. [hier](#)) und einen geeigneten DNS-Server (z.B. Cloudflare) festlegt.

Reicht das nicht aus, bietet sich die Nutzung eines VPN mit einem Server außerhalb der EU an. Ein Beispiel hierfür ist [ZenMate](#), das für alle gängigen Browser als kostenlose Erweiterung verfügbar ist. In der kostenlosen Version eignen sich hier die Server in den USA und Singapur.

Referenzierte Bilder werden manchmal nicht sofort angezeigt, weil die jeweiligen Quellen eine eingebaute DDoS-Prüfung verwenden. Hier hilft meist, das jeweilige Bild über das Kontextmenü des Browsers explizit neu zu laden.

### Außer der Reihe – Lesetipps:

### **de.rt.com: Live-Ticker zum Ukraine-Krieg**

Russland führt gemeinsam mit den Streitkräften der Donbass-Republiken eine Militäroperation in der Ukraine durch. Der Westen reagiert mit immer neuen Waffenlieferungen an die Ukraine und beispiellosen Sanktionen. Hier lesen Sie die neuesten Entwicklungen. ...

<https://kurz.rt.com/2tg9> bzw. [hier](#)

### **Alexei Sakwasin, Jelisaweta Komarowa: Der neue "Achmat": Mannschaftstransporter mit eingebauter Kampferfahrung**

Leichter, damit transportfähig in Flugzeugen und unkomplizierte Fertigung – das sind die wichtigsten Eigenschaften des neuen Mannschaftstransporters "Achmat", der auf der Armee 2022 das erste Mal gezeigt wurde. In seine Konstruktion sind bereits Erfahrungen aus der Spezialoperation eingeflossen. ...

<https://kurz.rt.com/370l> bzw. [hier](#)

### **Bernhard Loyer: Wissenschaftsmagazin NANO: Was bringt der Omikron-Booster?**

Das Wissenschaftsmagazin NANO platzierte das Thema erst an zweiter Stelle der aktuellen Sendung. Der Inhalt überraschte mit ungewohnten Tönen und klaren Formulierungen: "Der Schutz vor Ansteckungen sinkt wohl von Impfung zu Impfung". ...

<https://kurz.rt.com/375x> bzw. [hier](#)

### **Dagmar Henn: Scholz verärgert China: "Internationale Beziehungen" zwischen China und Taiwan**

Wie man ganz beiläufig diplomatisches Porzellan zerschlägt, hat Bundeskanzler Olaf Scholz in einem Interview am Sonntag bewiesen. Er brauchte nur zwei Sätze, um Empörung in China auszulösen. Aber in Deutschland wird das vermutlich nicht einmal bemerkt. ...

<https://kurz.rt.com/378z> bzw. [hier](#)

### **Thomas Frank: Versprechen des Verzichts auf NATO-Osterweiterung: Oft geleugnet – und es gab sie doch!**

Seit Ausbruch des Ukraine-Konflikts versuchen sich die NATO-Staaten mit Geschichtsverdrehungen: Es habe zu keinem Zeitpunkt Versprechungen gegeben, keine Staaten aus dem Osten Europas in das Verteidigungsbündnis aufzunehmen. Ist es tatsächlich so? Die Antwort liegt über drei Jahrzehnte zurück. ...

<https://kurz.rt.com/36wu> bzw. [hier](#)

### **Timofei Bordatschew: Wird die Kälte Europa stoppen?**

Angesichts der entstandenen Ungewissheiten über die russischen Gaslieferungen nach Europa sind russische Beobachter von der Erwartung ergriffen worden, dass die Gegner Russlands in diesem Winter buchstäblich erfrieren könnten. Allerdings wäre es oberflächlich zu glauben, solche Emotionen würden von der russischen Regierung geteilt oder deren Absichten widerspiegeln.

...

<https://kurz.rt.com/376s> bzw. [hier](#)

### **Anton Gentzen: Kiew nimmt grausam Rache: "Filtration" und Repressionen in den zurückeroberten Gebieten**

Die russische Armee hat sich aus den Gebieten um Charkow zurückgezogen. Das bringt schreckliche Folgen für viele dort verbliebene Menschen. Ukrainische Behörden und Truppen nehmen Rache an Zivilisten, deren ganzes Ausmaß zurzeit nur erahnt werden kann. ...

<https://kurz.rt.com/378f> bzw. [hier](#)

deu.belta.by: **Lautstarke Erklärungen und unausgesprochene Fakten. Wurde Belarus in die „SOZ-Familie“ aufgenommen?**

Vor 12 Jahren nahm Belarus die Zusammenarbeit mit der Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit auf. Zunächst als Gesprächspartner, einige Jahre später als Beobachter. Es war keine spontane oder zufällige Entscheidung. Jahre später beschloss die Republik, nachdem sie sich mit der „Shanghaier Familie“ verwandt gemacht hatte, ein vollwertiges SOZ-Mitglied zu werden. Die Staatsoberhäupter gaben auf dem Gipfel in Samarkand einstimmig grünes Licht für den Beitritt von Belarus zu ihrer Organisation. BelTA erzählt im Projekt „Postfactum: Beschlüsse des Ersten“ über einige interessante Details des Gipfeltreffens. ...

<https://deu.belta.by/president/view/lautstarke-erklarungen-und-unausgesprochene-fakten-wurde-belarus-in-die-soz-familie-aufgenommen-62032-2022/>

*Gert Ewen Ungar:* **Die Tragik der Swetlana Tichanowskaja – Eine Oppositionspolitikerin, die ihre Heimat verlor**

In einem Interview mit der britischen Zeitung "The Guardian" gibt die ehemalige weißrussische Präsidentschaftskandidatin Einblicke in ihr Denken und offenbart so, wer sie führt und wofür sie arbeitet. Das Wohl Weißrusslands ist es nicht. Ihre Heimat hat Tichanowskaja längst verloren. ...

<https://kurz.rt.com/378g> bzw. [hier](#)

*Bernhard Loyer:* **Duschen als Highlight der Woche - und andere obskure Hygiene-Empfehlungen des WDR**

Öffentliche-Rechtliche Formate stimmen junge Menschen regelmäßig über ihre Veröffentlichungen auf entbehrungsreiche Zeiten ein. Das Motto lautet: Weniger ist mehr, gewöhnt euch schon einmal daran. Das WDR-Format "kugelzwei" schließt sich den Empfehlungen der Politik an – warum Duschen, wenn auch ein Waschlappen reicht. ...

<https://kurz.rt.com/37a9> bzw. [hier](#)

*Gert Ewen Ungar:* **Von Doppelmoral und Korruption: EU, Ungarn und die Ukraine**

Die Europäische Union beabsichtigt, Ungarn die Finanzen erheblich zu kürzen. Der Vorwurf lautet Korruption. Im selben Atemzug bietet die EU der Ukraine und Moldawien die Mitgliedschaft an. Beide Länder sind hoch korrupt. Der Widerspruch zeigt, dass es um etwas ganz anderes geht: Die EU duldet keine souveränen Entscheidungen ihrer Mitgliedsstaaten.

...

<https://kurz.rt.com/37ak> bzw. [hier](#)

de.rt.com: **Gesundheitsministerium: Millionenteure fehlerhafte Fakten-Booster-Kampagne wird offline genommen**

Das Bundesministerium für Gesundheit hat seine eigenen Verlautbarungen zur aktuellen Corona-Aufklärungskampagne korrigieren müssen. Die Kampagne enthalte nachweislich "redaktionelle Fehler". Das Gesamtbudget der von Steuerzahlern finanzierten Kampagne beläuft sich auf rund 5 Millionen Euro. ...

<https://kurz.rt.com/37ax> bzw. [hier](#)

**abends/nachts:**

20:17 de.rt.com: **Außenminister Lawrow und Colonna sprechen über AKW Saporoschje**

Die Außenminister Russlands und Frankreichs haben über die angespannte Sicherheitslage in dem von russischen Truppen besetzten ukrainischen Atomkraftwerk Saporoschje gesprochen.

"Wichtig ist, dass es in der Ukraine nicht zu einem Nuklearunfall infolge der russischen Besetzung kommt", sagte Frankreichs Chefdiplomatin Catherine Colonna am Montag vor Journalisten in New York.

Lawrow erneuerte den Vorwurf Moskaus, wonach ukrainische Soldaten mit vom Westen gelieferten Waffen Infrastrukturanlagen wie auch das AKW beschießen. Er sagte, sie beschwören damit eine nukleare Katastrophe herauf, der Beschuss müsse aufhören. Dagegen beschießen nach ukrainischer Darstellung angeblich die russischen Truppen das Kraftwerk selbst.

Experten der Internationalen Atomenergie-Organisation (IAEA) haben die Sicherheitslage an Europas größtem AKW untersucht. Ihr Bericht geht aber nicht auf die Frage ein, welche Seite die Anlage immer wieder beschießt.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/original/6328a23db480cc56e6381f88.jpg>

*Catherine Colonna (15.09.22 in Mumbai)*

#### 20:53 de.rt.com: **AfD-Abgeordnete planen Reise in Ostukraine**

Mehrere AfD-Abgeordnete bereisen eigenen Angaben zufolge derzeit Russland. Geplant sei auch ein Besuch der Ostukraine, teilte die AfD-Fraktion im sachsen-anhaltinischen Landtag am Montag mit. Gemeint ist offenkundig ein Besuch der abtrünnigen Gebiete der Ukraine, zum Beispiel des Donbass. Zur Delegation gehören unter anderem die Landtagsabgeordneten Daniel Wald und Hans-Thomas Tillschneider, hieß es in der Erklärung. Ziel der Gruppe sei es, sich ein eigenes Bild der humanitären Lage zu machen.

Der scheidende ukrainische Botschafter in Deutschland, Andrei Melnik, griff die Politiker der AfD sofort nach Bekanntwerden der Reise auf seinem Twitter scharf an. Er warf ihnen vor, mit dem geplanten Besuch in die russisch besetzten Gebiete in der Ostukraine den russischen "Vernichtungskrieg" zu unterstützen. Laut Melnik gehören auch nordrhein-westfälische AfD-Abgeordnete zur Reisegruppe.

#### 21:24 de.rt.com: **DVR-Staatsoberhaupt schlägt Lugansk gemeinsame Durchführung des Beitrittsreferendums vor**

Das Staatsoberhaupt der Volksrepublik Donezk, Denis Puschilin, reagierte auf das Gesuch der Gesellschaftlichen Kammern der DVR und der LVR, die am Montag die sofortige Durchführung eines Referendums über den Beitritt der Volksrepubliken zur Russischen Föderation gefordert hatten, indem er das Staatsoberhaupt der Volksrepublik Lugansk, Leonid Passetschnik, anrief und die gemeinsame Vorbereitung und Durchführung des Referendums

anregte. Das geht aus einem am Abend [veröffentlichten Video](#) des Telefonats hervor.

### 21:21 de.rt.com: **Einführung der Planwirtschaft? EU will Firmen im Krisenfall zur Produktion gewisser Produkte zwingen**

Die EU-Kommission hat ein neues Maßnahmenpaket zur Bewältigung künftiger Krisen vorgestellt. Mit der Initiative soll der Zusammenbruch des Binnenmarktes in Krisensituationen verhindert werden. Auch dadurch, dass Brüssel künftig in die unternehmerische Freiheit eingreifen kann.

Die EU-Kommission hat am Montag ein neues Notfall-Instrument zur Bewältigung von Krisen vorgestellt, mit dem Brüssel künftig den Zusammenbruch des Binnenmarktes in Krisensituationen wie der COVID-19-Pandemie oder dem Krieg in der Ukraine verhindern will. Dieses sieht demnach unter anderem vor, dass bei Bedarf zum Beispiel Firmen Produktionsvorgaben gemacht werden können. Auch könnte EU-Staaten vorgeschrieben werden, dass sie Reserven von wichtigen Gütern anlegen müssen, heißt es in einer am Montag veröffentlichten Pressemitteilung der EU-Kommission.

Das Binnenmarkt-Notfallinstrument soll den Angaben zufolge andere EU-Legislativmaßnahmen für das Krisenmanagement wie das Katastrophenschutzverfahren der Union sowie EU-Vorschriften für bestimmte Sektoren, Lieferketten oder Produkte wie Gesundheit, Halbleiter oder Lebensmittelsicherheit ergänzen, die bereits gezielte Krisenreaktionsmaßnahmen vorsehen. Insbesondere die COVID-19-Pandemie habe laut EU-Vizekommissionspräsidentin Margrethe Vestager deutlich gemacht, wie verletzlich der europäische Binnenmarkt sei. "Wir müssen unseren Binnenmarkt jederzeit funktionsfähig machen, auch in Krisenzeiten. Wir müssen ihn stärker machen." Dafür brauche es Instrumente, die es den einzelnen EU-Mitgliedsstaaten bei etwaigen neuen Krisen künftig ermöglichen, schnell und kollektiv zu reagieren, wird Vestager zitiert:

"So können wir bei jeder neuen Krise sicherstellen, dass unser Binnenmarkt offen bleibt und dass lebenswichtige Güter zum Schutz der europäischen Bevölkerung verfügbar bleiben. Das neue Binnenmarkt-Notfallinstrument macht dies möglich."

Bei künftigen Krisen sollen durch die geplante Gesetzesinitiative zudem auch Probleme verhindert werden, wie sie zuletzt etwa nach der Schließung der Grenzen aufgrund der COVID-19-Pandemie auftraten. Im Zuge der Grenzsicherungen wurden Familien ungewollt getrennt, an den Grenzen bildeten sich kilometerlange Staus. Auf wirtschaftlicher Seite sind vor allem funktionierende Lieferketten eine der wichtigsten Funktionen, die künftig aufrechterhalten werden sollen.

"In der Abfolge der Krisen der letzten Jahre haben wir hart daran gearbeitet, einen reibungslos funktionierenden Binnenmarkt zu erhalten, unsere Grenzen und Lieferketten offen zu halten und die Verfügbarkeit von Produkten und Dienstleistungen zu gewährleisten, die unsere Bürger benötigen. Aber wir müssen besser darauf vorbereitet sein, die nächste Krise zu antizipieren und darauf zu reagieren", mahnte Thierry Breton, EU-Kommissar für Binnenmarkt und Dienstleistungen aus Frankreich, am Montag bei der Präsentation des neuen EU-Notfallinstruments. Das Binnenmarkt-Notfallinstrument biete demnach eine strukturelle Lösung, den freien Waren-, Personen- und Dienstleistungsverkehr auch in schwierigen Zeiten aufrechtzuerhalten.

"Die Regelung wird für eine bessere Koordinierung mit den Mitgliedstaaten sorgen, dazu beitragen, die Auswirkungen einer potenziellen Krise auf unsere Industrie und Wirtschaft zu verhindern und zu begrenzen, und Europa mit Instrumenten ausstatten, über die unsere globalen Partner verfügen und die uns fehlen."

Vorwürfe, wonach es sich bei der geplanten Initiative um Planwirtschaft handle, wies Breton bei der Vorstellung des Maßnahmenpakets entschieden zurück. Laut dem EU-Politiker repräsentiert sie vielmehr das Gegenteil von Planwirtschaft. Doch die Kommissionsvorschläge sprechen eine andere Sprache. So soll mit dem Gesetz zugleich ein

neuer Mechanismus zur Überwachung des Binnenmarktes, zur Ermittlung verschiedener Risikostufen sowie zur Koordinierung einer angemessenen Reaktion eingeführt werden. Nach Angaben der EU-Kommission soll dieser dann zwei Stufen umfassen: einen Wachsamkeits- und einen Notfallmodus.

Der Wachsamkeitsmodus kann demnach aktiviert werden, wenn von der EU-Kommission eine Bedrohung für den Binnenmarkt festgestellt wurde. Sollte eine Krise weitreichende Folgen auf den Binnenmarkt haben, kann der Europäische Rat schließlich den Notfallmodus aktivieren. Dann wird eine beratende Gruppe eingesetzt, die sich aus der Kommission und den Mitgliedstaaten zusammensetzt, um eine bestimmte Situation zu bewerten und die am besten geeigneten Reaktionsmaßnahmen zu empfehlen. Sie wird während des gesamten Prozesses eine wesentliche Rolle spielen.

Klingt vorerst harmlos, aber: Im Rahmen dieses Notfallmodus soll die EU-Kommission Unternehmen jedoch auch zur Herausgabe gewisser Informationen zwingen können. Firmen in der EU werden dann zudem verpflichtet, "vorrangig bewertete Aufträge für krisenrelevante Produkte anzunehmen". Das heißt: Die EU-Kommission will künftig entscheiden können, welche Produkte ein in der EU angesiedelter Konzern herstellen muss. Wenn sich das Unternehmen nicht fügt oder nicht in der Lage sein sollte, "schwerwiegende Gründe" für eine Ablehnung vorzubringen, muss es mit horrenden Strafen rechnen.

Mit diesem Vorgehen soll verhindert werden, dass sowohl Waren und Dienstleistungen als auch Personen in einer künftigen Krise daran gehindert werden, die Grenzen zu überschreiten und somit der gemeinsame Binnenmarkt zusammenbricht. Demnach gälte im Notfallmodus dann eine schwarze Liste von Beschränkungen, die die Länder nicht ergreifen dürften, darunter etwa Grenzschließungen. Einseitige Beschränkungen würden von der EU-Kommission detailliert geprüft. Außerdem hätte Brüssel dann die Macht, den Ländern vorzuschreiben, bestimmte Produkte durch den Ausbau oder die Umbildung von Produktionslinien sicherzustellen, heißt es in der Erklärung. Auch würde die EU als zentrale Einkäuferin tätig werden, wie es bereits bei den Corona-Impfstoffen der Fall war.

Somit steht fest: Brüssel möchte in künftigen Krisen mehr Macht und mehr Handlungsspielraum haben – zum Nachteil der Unternehmer. Diese seien zwar darauf angewiesen, dass der europäische Binnenmarkt auch in Krisenzeiten reibungslos funktioniere, sagte etwa der Präsident des Deutschen Industrie- und Handelskammertags (DIHK), Peter Adrian, der Nachrichtenagentur dpa. Mögliche Produktionsvorgaben wären für ihn aber ein Eingriff in die unternehmerische Freiheit.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/article/6328453c48fbef119b619d48.jpg>

21:47 de.rt.com: **Berdjansk: Waffenversteck aufgespürt, zwei Personen verhaftet**

Zwei Bewohner der Stadt Berdjansk im Gebiet Saporoschje sind verhaftet worden, nachdem lokale Behörden ein Waffenversteck in der Stadt aufgespürt hatten. Dies meldete das Mitglied des Hauptrats der Verwaltung des Gebiets Saporoschje, Wladimir Rogow. Er schrieb auf Telegram:

"Die Rechtspflegeangestellten haben zwei Einheimische verhaftet. Ihre Teilnahme an Verbrechen als Mitglieder einer Sabotage- und Spähgruppe wird untersucht."

Das gefundene Versteck habe sich in einer Garagenanlage befunden und unter anderem ukrainische Flaggen sowie die von Kiews Streitkräften eingesetzte Munition beinhaltet, so Rogow weiter.

### 22:16 de.rt.com: **Kirillow: USA haben Versuche an armen und psychisch kranken Ukrainern zugegeben**

Vom 5. bis zum 9. September fand im schweizerischen Genf ein Treffen der Vertragsstaaten des Übereinkommens über biologische Waffen statt. Auf Forderung Russlands wurden die Verstöße der USA und der Ukraine gegen die Artikel I und IV des Übereinkommens auf die Tagesordnung gesetzt.

Die USA hätten zugegeben, dass sie in der Ukraine biologische Forschung an Bürgern aus sozial schwachen Verhältnissen und an Patienten psychiatrischer Kliniken durchgeführt haben, [erklärte](#) der Chef der russischen Streitkräfte für Strahlen-, Chemie- und biologische Verteidigung, Igor Kirillow, am Montag. Wobei die Weitergabe von Proben pathogener Biomaterialien an die USA nach Angaben der US-Delegation "nicht häufig vorgekommen sind".

Gleichzeitig liegen Moskau Dokumente vor, die belegen, dass die Ukraine versucht habe, die Zusammenarbeit mit der US-amerikanischen Defense Threat Reduction Agency (DTRA) zu beenden, "doch die US-Regierung drängte sie Kiew weiterhin auf", erklärte Kirillow.



<https://thumbs.odycdn.com/d78bcf8230e032bc6daf3a8437726ff2.webp>

### 22:37 de.rt.com: **Ukraine soll vier weitere Panzerhaubitzen von Bundeswehr erhalten**

Die Ukraine soll von der Bundeswehr vier weitere Panzerhaubitzen erhalten. Die Lieferung werde unverzüglich in die Wege geleitet, teilte das Verteidigungsministerium am Montag in Berlin mit. Bei der Panzerhaubitze 2000 handelt es sich um schwere Artilleriegeschütze mit einer Reichweite von bis zu 40 Kilometern. Die Lieferung soll auch ein Munitionspaket beinhalten.

Unterdessen betonte die Bundesregierung, dass die Ukraine den Wunsch nach weiteren Haubitzen geäußert habe. Die bisher von Deutschland und den Niederlanden gelieferten Panzerhaubitzen 2000 haben sich im Gefecht "mehr als bewährt", so die

Verteidigungsministerin Christine Lambrecht (SPD). Mit den vier Panzerhaubitzen steige die Zahl der von Deutschland gelieferten Artilleriegeschütze auf 14.

Der ukrainische Verteidigungsminister Alexei Resnikow dankte für die Haubitzen. Er erinnerte auch an die Mehrfachraketenwerfer Mars II sowie Mannschaftstransporter Dingo, die Berlin vergangene Woche zugesagt hatte.

Zudem hat die Ukraine von westlichen Staaten wie Deutschland auch Kampf- und Schützenpanzer gefordert. Bisher hat kein NATO-Land Kampfpanzer westlicher Bauart an Kiew geliefert. Kanzler Olaf Scholz betont stets, dass es in dieser Frage keinen deutschen Alleingang geben werde.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/original/6328c661b480cc207734b838.jpg>

*Panzerhaubitze der Bundeswehr*

22:59 de.rt.com: **Verwaltung des Gebiets Charkow: Ukraine plant Provokation in Isjum**

Die Ukraine bereitet derzeit in der wieder besetzten Stadt Isjum im Gebiet Charkow Provokationen vor, indem Videos über angebliche frühere Misshandlungen der Einheimischen durch russische Militärangehörige gedreht werden. Dies berichtete das Oberhaupt der militärisch-zivilen Verwaltung des Gebiets Charkow Witali Gantschew. Angaben der Nachrichtenagentur TASS zufolge sagte er:

"Wir wissen mit Sicherheit, dass Provokationen vorbereitet werden, darunter in der Stadt Isjum. Gegenwärtig werden propagandistische Videos gedreht, wonach russische Truppen während ihres Aufenthalts in der Stadt und im Bezirk Menschen misshandelt hätten."

Gantschew hob hervor, dass die aus Isjum evakuierten Zivilisten ukrainische Angaben zu Behauptungen über Plünderungen und Misshandlungen durch russische Soldaten nicht bestätigen und stattdessen solche Handlungen dem Militär und den Söldnern Kiews vorwerfen. Er sagte:

"Uns erreichen unterschiedliche Informationen über Ausschreitungen und Willkür im Gebiet Charkow. Wir sammeln diese Informationen, dokumentieren sie und senden sie an das Ermittlungskomitee der Russischen Föderation weiter, damit diese Tatsachen festgehalten und juristisch bewertet werden."

Zuvor hatte Gantschew von Folterungen und Erschießungen von Zivilisten durch ukrainische Truppen und in mehreren Ortschaften, darunter in Isjum, Kupjansk, Weliki Burluk und Woltschansk berichtet. Dem Beamten zufolge befinden sich unter den Tätern auch "relativ viele" ausländische Söldner, die kein Russisch oder Ukrainisch sprechen.

**vormittags:**

#### 6:00 de.rt.com: **Russische Wirtschaftsdelegation bereist Iran**

Die westlichen Wirtschaftssanktionen treiben Russland und Iran weiter zusammen. Drei Tage lang wollen die russischen Geschäftsleute das Land bereisen und mehr als 750 offizielle Gespräche mit iranischen Partnern durchführen.

Eine große Gruppe russischer Unternehmen ist im Rahmen einer offiziellen Delegation nach Iran gereist, um dort Geschäftsmöglichkeiten auszuloten, wie die kubanische Nachrichtenagentur Prensa Latina berichtete. In den nächsten Tagen werden mehr als 750 Treffen zwischen iranischen Unternehmen und Mitgliedern der Handelskammern der iranischen Provinzen und der russischen Delegation erwartet.

Der Besuchergruppe gehören unter anderem Vertreter von Unternehmen an, die Lebensmittel, landwirtschaftliche Maschinen und Arzneimittel herstellen sowie führende Anbieter von Kommunikationsausrüstung.

Es handelt sich um die größte Handels- und Wirtschaftsdelegation, die Moskau je nach Teheran entsandt hat. Die Reise ist Teil der Bemühungen beider Länder, die Wirtschaftsbeziehungen zu stärken und sich gegen ausländische Sanktionen zu verbünden.

Russland treibt seit Februar, als es wegen seiner Militäroperation in der Ukraine mit westlichen Sanktionen belegt wurde, seine wirtschaftlichen und energiepolitischen Beziehungen zu Iran voran. Experten zufolge hat der Druck des Westens Iran und Russland, die beide gegen die von den USA geführte Weltordnung sind, dazu veranlasst, ihr Bündnis zu stärken, um die gegen sie verhängten Wirtschaftssanktionen zu umgehen.

Die Entsendung der Handels- und Wirtschaftsdelegation wurde während eines bilateralen Treffens zwischen dem russischen Präsidenten Wladimir Putin und seinem iranischen Amtskollegen Ebrahim Raisi am Rande des Gipfeltreffens der Schanghaier Organisation für Zusammenarbeit am 15. September in Usbekistan angekündigt.

Teheran und Moskau haben beschlossen, ein alternatives Zahlungssystem zu schaffen, um ihre wirtschaftliche Zusammenarbeit zu erleichtern. Russland plane, bis Ende des Jahres mindestens zehn weitere Handelsdelegationen in den Iran zu entsenden, so offizielle iranische Vertreter.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/article/63289abe48fbef11d172ff99.jpg>

#### 7:21 de.rt.com: **Einbruch beim Wohnungsbau – weil Vermieter Ausfälle befürchten**

Seit Jahren steht fest, dass Deutschland deutlich mehr Wohnungsbau bräuchte. Jetzt aber geschieht – infolge der hohen Energiepreise – das Gegenteil: Bereits in Auftrag gegebene Neubauten werden storniert. Ein weiterer Bereich, der wirtschaftlich einbricht.

In Deutschland gibt es seit Jahren eine zunehmende Wohnungslosigkeit, und in den größeren Städten ist es ein Glücksfall, eine bezahlbare Wohnung zu finden. Lösen ließe sich dieses Problem nur durch eine größere Zahl günstiger Wohnungen. Aber gerade bei Wohnungsgenossenschaften und kommunalen Wohnungsgesellschaften geht der Neubau zurück.

Bei einer internen [Umfrage](#) hat der Verband bayerischer Wohnungsunternehmen, in dem überwiegend kommunale und genossenschaftliche Wohnungsunternehmen zusammengeschlossen sind, von der Hälfte seiner Mitglieder erfahren, dass sie mit zunehmenden Zahlungsausfällen ihrer Mieter rechnen und deshalb jedes zweite von ihnen Modernisierungen oder Neubauten zurückstellt.

Bereits vor einigen Tagen hatte der Verband einen Gaspreisdeckel für Mieter gefordert. "Die Warmmiete für unsere Mieter wird bereits aufgrund der jetzigen Energiepreise um durchschnittlich über 25 Prozent ansteigen müssen. Aber das ist erst der Anfang. Viele Menschen werden sich die explodierenden Preise nicht mehr leisten können", [erklärte](#) der Direktor des Verbands, Hans Maier.

"Der neueste Spitzenwert bei einem Verbandsmitglied liegt bei fast 47 Cent pro Kilowattstunde. Das bedeutet in der Praxis, die Vorauszahlung für die Wohnung, die bisher monatlich 50 Euro beträgt, muss dann auf 750 Euro angehoben werden."

Die Stornierung oder Verschiebung von Bauaufträgen dient dazu, die Wohnungsunternehmen bei den erwarteten Ausfällen liquide zu halten.

Im gesamten Wohnungsbau werden zunehmend Aufträge storniert. Bereits im Juli, [meldet](#) das Ifo-Institut, hätten 11,5 Prozent der Bauunternehmen von Stornierungen berichtet. Im August waren es 11,6 Prozent. "Seit April sehen wir, dass auffällig viele Projekte gestrichen werden. Die Rahmenbedingungen für den Wohnungsbau haben sich in den letzten Monaten massiv verschlechtert: Explodierende Baukosten, steigende Finanzierungszinsen und eingeschränkte Fördermöglichkeiten belasten die Kalkulation potenzieller Bauherren schwer", erklärte Ifo-Forscher Felix Leiss.

Obwohl augenblicklich weniger Unternehmen über Lieferengpässe klagen – immer noch 36,4 Prozent, im Vergleich zu 45,6 Prozent im Juli –, machen sich jetzt die Preissteigerungen durch die hohen Energiepreise bemerkbar. Gleich, ob Ziegel oder Beton – beides sind in der Herstellung energieintensive Materialien.

Der Spielraum für eine Erhöhung der Baukosten ist aber gerade in den Großstädten, in denen die meisten Wohnungen fehlen, sehr gering, da die Grundstückskosten so hoch sind, dass ihr Anteil am Preis der fertigen Wohnung oft den der Baukosten übersteigt. Die Stimmung im Wohnungsbau ist dementsprechend schlecht und sank auf den tiefsten Stand, seit das Institut 1991 begann, sie zu erfassen.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/article/632873e5b480cc559d323339.jpg>

### 8:00 de.rt.com: **General: US-Jagdflugzeuge nicht früher als in 2 bis 3 Jahren in der Ukraine**

US-Kampfflugzeuge wie zum Beispiel Mehrzweckmaschinen vom Typ F-16 können nicht früher als in zwei bis drei Jahren an die Ukraine geliefert werden – falls die politische Entscheidung dafür heute fällt. Hierauf machte der Leiter des Hauptkommandos der US-Luftwaffe in Europa und Afrika (USAFE-AFAFRICA) General James Hecker Journalisten bei der jährlichen Konferenz des Mitgliederverbands der US-Luftwaffe Air Force Association

aufmerksam, schreibt [Politico](#).

Der General erklärte dies mit dem notwendigen langwierigen Training der Piloten und Bedienungsmannschaften sowie nicht näher umschriebenen logistischen Problemen. Er schloss eine derartige Entscheidung jedoch nicht aus. Die Sache sei allerdings bereits Gegenstand vorläufiger Diskussionen, [berichtete](#) das US-Blatt zuvor.

### Telegram-Kanal der Volksmiliz der LVR: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR Hauptmann I.M. Filiponenko über die Lage am 20.09.2022**

Bei aktiven Offensivhandlungen von Einheiten der Volksmiliz der LVR erlitt der Gegner in den letzten 24 Stunden große Verluste an Personal und Technik. Vernichtet wurden:

- 50 Mann;
- 6 Schützenpanzerwagen;
- 2 dauerhafte Feuerpunkte;
- 11 Spezialfahrzeuge.

Der Gegner setzt den Beschuss von Objekten der zivilen Infrastruktur von Ortschaften der LVR fort.

**In den letzten 24 Stunden** haben die bewaffneten Formationen der Ukraine **Stachanow, Kremennaja und Krasnoretschenskoje** unter Einsatz von 155mm-Artilleriegeschützen und amerikanischen Mehrfachraketenwerfern M142 HIMARS **beschossen** und 14 Artilleriegeschosse und 4 Raketen abgefeuert.

Infolge des Beschusses wurden zerstört: die Kinder- und Jugendsportschule Nr. 2 in Stachanow, 2 Einzelhandelsobjekte.

Beschädigt wurden: der städtische Gorkij-Kulturpalast, das städtische Justizamt in Stachanow, eine Textilfabrik, die Kundendienstabteilung des Mobilfunknetzes „MKS“, ein Heizwerk, ein Schönheitssalon, 9 leichte Autos und 2 Mehrparteienwohnhäuser.

Außerdem **starben infolge des Artilleriebeschusses** durch die bewaffneten Formationen der Ukraine **auf Krasnoretschenskoje 7 Zivilisten**. 2 Wohnhäuser wurden zerstört.

**Seit Beginn des heutigen Tages** haben die ukrainischen Truppen **Altschewsk und Swatowo** unter Einsatz von Mehrfachraketenwerfern M142 HIMARS **beschossen** und 7 Raketen abgefeuert.

Informationen über Verletzte und Schäden werden noch ermittelt.

In den von den ukrainischen Nationalisten befreiten Territorien der Lugansker Volksrepublik geht der Aufbau eines friedlichen Lebens weiter:

Technische Pioniereinheiten der Volksmiliz der LVR setzen die Minenräumung fort.

Im Verlauf des 19. September haben sie mehr als 8 Hektar Territorium von explosiven Objekten gesäubert, die von ukrainischen Nationalisten in den Gebieten von Solotarjowka und Topolewka zurückgelassen wurden, gesäubert.

Die Volksmiliz der LVR setzt gemeinsam mit gesellschaftlichen Organisationen die Lieferung von humanitärer Hilfe an Einwohner dieser Bezirke fort.

Außerdem erhielt eine der Einheiten der Volksmiliz der LVR im Rahmen des Projekts der Volksfront „Alles für den Sieg!“ humanitäre Hilfe, u.a. notwendige Ausrüstung.

### 9:16 de.rt.com: **Slowenien liefert Ukraine 28 M-55S-Panzer aus den 1950er-Jahren**

Die ehemalige jugoslawische Republik Slowenien wird 28 M-55S-Panzer in die Ukraine liefern. Dies geht aus einer Erklärung hervor, die am Montag auf der Webseite der Regierung des Landes [veröffentlicht](#) wurde.

Demnach haben der slowenische Ministerpräsident Robert Golob und der deutsche Bundeskanzler Olaf Scholz in einem Telefongespräch "als Zeichen der Solidarität mit dem ukrainischen Volk" vereinbart, dass 28 slowenische Panzer des Modells M-55S nach Kiew geschickt werden sollen. Im Gegenzug erhält Ljubljana von Berlin 40 militärische Lkw mit der Antriebsformel 8x8 – davon 35 Schwerlasttransporter und fünf schwere

Wassertankwagen.

Der Panzer M-55S entspricht im Grunde dem T-54/55, wie er in der Sowjetunion in den Jahren 1947 bis 1979 gebaut wurde. Sloweniens Version ist mit Reaktivpanzerung aus israelischer Herstellung modernisiert, hat ein Laserbestrahlungswarnsystem und eine neue Feuerleitanlage und ist mit einer Kanone im NATO-Standard 105 Millimeter ausgestattet. Allerdings fehlt der Maschine jegliche heutzutage übliche Verbundpanzerung, die nur sehr schwer und kostspielig nachzurüsten ist. Zudem wurde die 105-Millimeter-Kanone längst von Neuentwicklungen im Kaliber 120 Millimeter überholt. Damit ist der M-55S ein Panzer, dessen Besatzung sich rein auf Infanterieunterstützung konzentrieren und jeglichen Panzerduellen fernhalten sollte. Zudem ist das Gerät auch bei solcher Einsatzweise von den heute üblichen tragbaren Panzerabwehrlenkflugkörpern in deutlich höherem Maße gefährdet als modernere Panzer wie der T-72.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/article/632968b4b480cc1ed56caffd.jpg>

*Der slowenische M55 S bleibt auch unter der Reaktivpanzerung im Grunde immer noch das hier: T-55, ein Kind der Panzerbauschule der 1950er Jahre. Hier auf dem Militärforum ArMi-2017 in Moskau*

### **Telegram-Kanal der Volksmiliz der DVR: Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR zur Lage am 20.09.22 um 10:30 Uhr**

Die ukrainische Seite terrorisiert weiter die Zivilbevölkerung der Republik, indem sie massive Artillerieschläge auf Wohngebiete und Objekte der zivilen Infrastruktur verübt, die ihrerseits keine Gefahr für den Gegner darstellen und keine militärischen Objekte sind.

**In den letzten 24 Stunden hat der Gegner** nach Informationen des GZKK-Vertreters der DVR **243 Geschosse** mit Rohrartillerie des Kalibers 155, 152 und 122mm sowie 120mm-Mörsern **abgefeuert**.

Die Gebiete von **12 Ortschaften** der Republik wurden beschossen. Infolge von Beschuss **starben 10 Zivilisten und 13 wurden verletzt**. 33 Häuser und 9 zivile Infrastrukturobjekte wurden beschädigt.

Zusätzliche Informationen über verletzte Zivilisten und Schäden an Infrastruktur werden noch gesammelt.

Durch gemeinsame Handlungen von Soldaten der Donezker Volksrepublik und der Streitkräfte der Russischen Föderation wurden in den letzten 24 Stunden folgende feindliche Waffen und Militärtechnik vernichtet: 2 Mehrfachraketenwerfer BM-21 „Grad“, 7 Stück Panzer- und Fahrzeugtechnik. Die Verluste unter dem Personal des Gegners betragen 30 Nationalisten.

Derzeit gehen die Arbeiten zur Minenräumung von Antipersonenminen PFM-1 „Lepestok“ (PFM-1S) weiter. Wir bitten dringend darum, bei der Bewegung vorsichtig zu sein sowie die Kontrolle über Kinder zu verstärken.

10:00 de.rt.com: **Sieben Tote nach ukrainischem Beschuss eines Dorfs in Lugansker Volksrepublik – davon drei Kinder**

Sieben Menschen kamen durch Artilleriebeschuss seitens der ukrainischen bewaffneten Formationen des Dorfs Krasnoretschenskoje im Landkreis Kremennaja der Volksrepublik Lugansk ums Leben. Darunter waren drei Kinder – eine Sechs- oder Siebenjährige und zwei einjährige Babys, [meldete](#) die Vertretung der LVR beim Gemeinsamen Zentrum für die Kontrolle und Koordinierung des Waffenstillstandsregimes im Donbass (JCCC) am Dienstag: "Die LVR-Vertretung beim JCCC hat Information erhalten, dass sieben Zivilisten, darunter drei Kinder (zweieiige Zwillinge, ein Mädchen und ein Junge, Jahrgang 2021, sowie ein Mädchen, Jahrgang 2015), am Abend des 19. September 2022 durch Artilleriebeschuss ukrainischer bewaffneter Formationen im Dorf Krasnoretschenskoje getötet wurden. Zwei Wohnhäuser wurden zerstört."

Nach Angaben der LVR-Vertretung vor dem JCCC haben die ukrainischen Streitkräfte seit Beginn des heutigen Tages bereits die Städte Altschewsk und Swatowo mit US-amerikanischen HIMARS-Mehrfachraketenwerfern beschossen. Informationen über Opfer und Zerstörungen dort werden derzeit geprüft.

Am 19. September kamen beim Beschuss der Stadt Donezk 13 Zivilisten ums Leben, davon zwei Kinder.

10:22 de.rt.com: **Pentagon: Lieferung westlicher Panzer für die Ukraine "absolut auf dem Tisch"**

Kiew hat in den letzten Wochen sowohl Washington als auch seine EU-Verbündeten um immer schwerere Waffen gebeten. Während Berlin darauf beharrt, dass man "keine Alleingänge" machen werde, heißt es nun aus den USA, das Thema der Kampfpanzer-Lieferungen an Kiew sei durchaus im Gespräch.

Den Aussagen eines hochrangigen Beamten aus dem US-Verteidigungsministerium zufolge könnten die Vereinigten Staaten demnächst dem ukrainischen Militär "NATO-kompatible" Panzer zur Verfügung stellen, um die veraltete Ausrüstung aus der Sowjet-Ära zu ersetzen. Kiew drängt inmitten heftiger Kämpfe mit russischen Truppen weiterhin auf einen stetigen Nachschub an westlichen Waffen.

Bei einem anonymisierten [Pressegespräch](#) am Montag wurde der Pentagon-Mitarbeiter gefragt, ob das Weiße Haus bei künftigen Hilfspaketen für die Ukraine auch schwere Panzer in Betracht ziehe. Dabei wurde darauf hingewiesen, dass kürzlich ukrainische Parlamentarier die US-Hauptstadt besuchten, um gezielt auf die Lieferung von Panzern zu drängen.

"Die Panzer-Lieferungen liegen absolut auf dem Tisch, zusammen mit anderen Bereichen", sagte der US-Beamte und merkte an, dass die ukrainischen Truppen zwar eher mit "Panzern sowjetischen Typs" vertraut seien, das Pentagon aber wisse, "dass es einen Zeitpunkt geben wird, an dem sie vielleicht zu NATO-kompatiblen Modellen umstellen wollen und müssen". Auf die Nachfrage, ob westliche Panzer in die bevorstehenden Waffenlieferungen einbezogen werden würden, sagte der namentlich nicht genannte Pentagon-Mitarbeiter, dies hänge davon ab, wie schnell die ukrainischen Streitkräfte für den Einsatz und die Wartung der Fahrzeuge geschult werden könnten. Zugleich fügte er allerdings hinzu, die Regierung von US-Präsident Joe Biden stehe dieser Idee "sicherlich offen" gegenüber.

Letzte Woche wurde das jüngste Maßnahmenpaket des Weißen Hauses für Kiew im Wert von rund [600 Millionen US-Dollar](#) bekannt gegeben, womit Biden die bereits 21. präsidentiale Waffenhilfe für die Ukraine ankündigte. Die Unterstützung umfasste zusätzliche Geschosse für die von den USA bereitgestellten HIMARS-Raketenwerfer, 36.000 Artilleriegeschosse, 1.000 Stück präzisionsgelenkte Munition, eine Reihe von Transportfahrzeugen und Handfeuerwaffen.

Washington hat seine Waffenlieferungen im Laufe des Krieges verstärkt und schließlich zugestimmt, nach Monaten des Konflikts Mehrfachraketen wie das HIMARS-System sowie Langstreckenartillerie zu liefern. Allerdings hat das Pentagon bisher davon abgesehen, einige der anspruchsvollsten Waffen des US-Militärs wie schwere Panzer oder Kampfflugzeuge zur Verfügung zu stellen, und stattdessen zugestimmt, den Transfer von [Ausrüstung aus der Sowjet-Ära](#) aus Drittländern wie Polen und der Tschechischen Republik zu erleichtern. Obwohl Biden bereits mehr als 15 Milliarden US-Dollar an direkter Militärhilfe für die Ukraine bewilligt hat, seit Russland Ende Februar seine Truppen ins Land geschickt hatte, drängen ukrainische Beamte weiterhin auf schwerere Waffen. Neben amerikanischer Panzertechnik hat Kiew in den letzten Wochen auch [Leopard-Kampfpanzer](#) und Marder-Schützenpanzer in Berlin angefordert. Ende Juli waren die ersten drei [Gepard-Flugabwehrpanzer](#) aus Deutschland in der Ukraine angekommen. Doch bislang weigerte sich Berlin, den anderen Forderungen nachzukommen.

Bundeskanzler Olaf Scholz hatte jüngst "Alleingänge" Deutschlands" ausgeschlossen, obwohl Teile der Ampel-Koalition genauso wie die Union auf die Lieferung drängen. Doch Scholz pocht auf eine internationale Abstimmung. Auch Bundesverteidigungsministerin Christine Lambrecht erklärte auf einer Veranstaltung vergangene Woche: "Kein Land hat bisher Schützenpanzer oder Kampfpanzer westlicher Bauart geliefert." Die SPD-Politikerin fügte hinzu: "Wir haben uns mit unseren Partnern darauf verständigt, dass Deutschland eine solche Aktion nicht im Alleingang durchführen wird."

Bei dem Pressegespräch führte der Vertreter des US-Verteidigungsministeriums allerdings nicht genau an, welche Art von Panzern das Pentagon für die Ukraine in Betracht zieht. Er sprach lediglich von "NATO-kompatiblen Modellen". Der M1-Abrams ist derzeit Washingtons wichtigster Kampfpanzer, von dem mehrere Konfigurationen für den Export [bereitstehen](#), so der US-Beamte.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/article/63295bc848fbef13915d62b6.jpg>

*Ein M1/A1-Abrams-Panzer der US-Armee rollt am 18. Dezember 2002 in der Nähe der irakischen Grenze in Kuwait durch die Wüste.*

#### 10:45 de.rt.com: **Medwedew zu kommenden Referenden in der Ukraine und im Donbass: Beitritt zu Russland stellt Gebiete unter Schutz mit allen verfügbaren Mitteln**

Ein Beitritt der Volksrepubliken Donezk und Lugansk oder auch weiterer befreiter Gebiete der ehemaligen Sowjetrepublik Ukraine zur Russischen Föderation wird diese unter Schutz vor jeglichen Angriffen stellen, der durch alle verfügbaren Mittel gewährleistet werden kann und muss. Dies [betonte](#) Dmitri Medwedew, russischer Ex-Präsident und Premier, heute stellvertretender Vorsitzender des Sicherheitsrates des Landes, in einem Kommentar zu den Volksbefragungen in den besagten Gebieten, die über diesen Beitritt entscheiden sollen: "Die Referenden im Donbass sind nicht nur für den systematischen Schutz der Bewohner der LVR, DVR und anderer befreiter Gebiete von großer Bedeutung, sondern auch für die Wiederherstellung der historischen Gerechtigkeit.

Sie verändern die Entwicklungsrichtung Russlands grundlegend – Jahrzehnte voraus. Und nicht nur die Entwicklungsrichtung unseres Landes, denn nach ihrer Durchführung und der Aufnahme der neuen Gebiete in Russland wird der geopolitische Wandel in der Welt einen unumkehrbaren Charakter annehmen.

Angriffe gegen russisches Hoheitsgebiet sind ein Verbrechen, das den Einsatz aller Kräfte der Selbstverteidigung erlaubt.

Aber es ist nicht minder wichtig, dass nach der Änderung der Verfassung unseres Staates kein zukünftiges Staats- oder Regierungsoberhaupt Russlands, kein Beamter in der Lage sein wird, diese Entscheidungen rückgängig zu machen.

Deswegen sind diese Referenden in Kiew und im Westen so gefürchtet. Und genau aus diesem Grund müssen sie auch abgehalten werden."



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/article/632979ddb480cc160d47a84d.jpg>

*Der stellvertretende Leiter des Sicherheitsrates der Russischen Föderation, Dmitri Medwedew, am 21. Juli*

### 11:05 de.rt.com: **Nach blutigen Kämpfen im Kaukasus: Gespräche zwischen Armenien und Aserbaidshans**

Die Außenminister beider Staaten trafen sich in New York unter US-amerikanischer Vermittlung. Die Vereinigten Staaten wollen, dass sich die Vertreter der Konfliktparteien vor Monatsende wieder treffen.

Die Außenminister Armeniens und Aserbaidshans haben sich nach den jüngsten Kämpfen das erste Mal in New York am Rande der UN-Generalversammlung zu Gesprächen unter der Vermittlung des US-Außenministers Antony Blinken getroffen, wie die amtliche türkische Nachrichtenagentur Anadolu berichtete. Auf einer Pressekonferenz vor dem Treffen erklärte Blinken:

"Ich möchte meinen Kollegen aus Armenien und Aserbaidshans dafür danken, dass sie heute hier anwesend sind. Zunächst möchte ich den Familien und Angehörigen derjenigen, die bei den Zusammenstößen in der vergangenen Woche getötet oder verwundet wurden, unser aufrichtiges Beileid aussprechen. Die Einstellung der Feindseligkeiten und das Ausbleiben weiterer militärischer Aktionen in den letzten Tagen sind für uns ermutigend."

Der US-Außenminister erklärte, dass die Staatsoberhäupter Armeniens und Aserbaidshans in Gesprächen ihm gegenüber ihre Bereitschaft erklärt hätten, einen Frieden anzustreben. Er fügte hinzu:

"Ein starkes, nachhaltiges diplomatisches Engagement ist der beste Weg für alle Beteiligten. Es gibt keine militärische Lösung für die Differenzen zwischen Armenien und Aserbaidshans. Aber ich glaube, dass es einen Weg zu einem dauerhaften Frieden gibt, der die Differenzen durch Diplomatie löst. Die Vereinigten Staaten sind bereit, alles in ihrer Macht Stehende zu tun, um diese Bemühungen zu unterstützen."

In einer schriftlichen Erklärung teilte der Sprecher des US-Außenministeriums Ned Price mit,

dass Blinken gegenüber seinen Gesprächspartnern die Notwendigkeit, die Gefechte zu beenden, und die Rückkehr zu Friedensgesprächen betonte. Der US-Außenminister habe beide Seiten dazu angeregt, sich vor Ende des Monats erneut zu treffen.

Der armenische Außenminister Ararat Mirsojan erklärte nach dem Treffen, dass sein Land bereit sei, eine multilaterale Regelung der Beziehungen zu erreichen, wie die staatliche kubanische Nachrichtenagentur Prensa Latina berichtete. Gegenüber seinen Amtskollegen bekräftigte der armenische Spitzendiplomat die Notwendigkeit des Rückzugs der aserbajdschanischen Truppen aus dem souveränen Territorium Jerewans. Es sei unzulässig, Gewalt anzuwenden oder anzudrohen. Zudem sprach er sich für eine Rasche Lösung humanitärer Fragen aus, etwa die Rückführung von Kriegsgefangenen.

In der Nacht vom 12. auf den 13. September war es an mehreren Grenzabschnitten zwischen Aserbaidschan und Armenien zu Gefechten zwischen den Truppen beider Staaten gekommen. Jerewan warf Baku vor, drei östliche armenische Provinzen mit Artillerie und Drohnen angegriffen zu haben. Am 14. September einigten sich beide Konfliktparteien nach russischer Vermittlung auf einen Waffenstillstand.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/article/63297409b480cc398d32d166.jpg>

### 11:23 de.rt.com: **"Referendum über Russland-Beitritt – JETZT!" – Öffentlichkeitsrat befreiter Territorien des Gebiets Cherson drängt zivil-militärische Verwaltung zum Handeln**

Der Öffentliche Rat der befreiten Territorien des Gebiets Cherson hat den Leiter der zivil-militärischen Verwaltung, Wladimir Saldo, aufgefordert, unverzüglich ein Referendum über den Beitritt des Gebiets zur Russischen Föderation abzuhalten. Dies geht aus einer Erklärung hervor, die der Vorsitzende des Rates, Wladimir Owtscharenko, am Dienstag in Anwesenheit von Journalisten (unter anderem der russischen Nachrichtenagentur [TASS](#)) verlas:

"Wir halten es für zeitgemäßer denn je, eine entschlossene Entscheidung zu treffen und unverzüglich ein Referendum über den Beitritt des Gebiets Cherson zur Russischen Föderation abzuhalten. Wir sind sicher, dass diese Initiative von den Bewohnern des Gebiets Cherson voll und ganz mitgetragen werden wird – und der Beitritt zu Russland wird nicht nur ein Triumph der historischen Gerechtigkeit sein, sondern auch das Territorium des Gebiets sichern und neue Möglichkeiten auf dem Weg zur Wiederbelebung und Wiederherstellung der Schaffenskraft unserer Heimat sowie zur Rückkehr zu einem vollwertigen friedlichen Leben eröffnen."

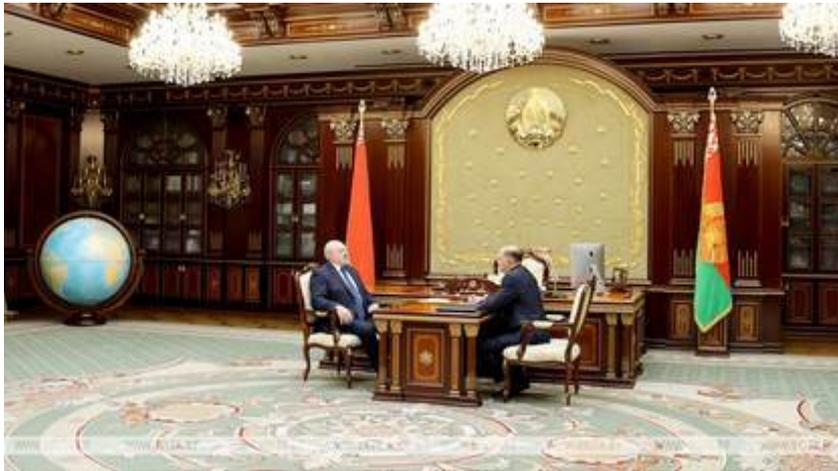
Nach Angaben des anwesenden TASS-Korrespondenten unterstützten die Ratsmitglieder den Aufruf einstimmig.

### 12:24 (11:24) deu.belta.by: **Lukaschenko: Belarus wird von seinem Boden keinen Dolchstoß gegen russische Truppen zulassen**

Belarus wird von seinem Territorium keinen Dolchstoß gegen die russischen Streitkräfte zulassen. Das sagte Präsident Alexander Lukaschenko heute beim Treffen mit dem Staatssekretär des Sicherheitsrates Alexander Wolfowitsch.

Alexander Lukaschenko bat den Staatssekretär darum, ihn über die aktuelle Situation an der belarussisch-ukrainischen Grenze zu informieren. Vorher wurden der Sicherheitsrat, das Verteidigungsministerium und alle Sicherheitsbehörden angewiesen, praktische Handlungen an der Grenze zu revidieren und sie im Hinblick auf die russische Sonderoperation zu korrigieren. Belarus hat zum Beispiel taktische Bataillonsgruppen an der Grenze zur Ukraine geschaffen.

Alexander Lukaschenko fragte darüber hinaus, ob die nordwestliche Grenze abgedeckt ist. „Wir müssen unbedingt eine sichere Abdeckung schaffen, wo es reale und echte Bedrohungen gibt. Das ist die Hauptaufgabe für unsere Armee. Nochmals: Niemand soll uns Vorwürfe machen, dass wir uns angeblich auf den Krieg in der Ukraine vorbereiten. Wir werden unser Heimatland verteidigen. Und was die Unterstützung Russlands angeht, so bekräftige ich noch einmal: Es darf von unserem Boden keinen Dolchstoß gegen die russischen Truppen geben – weder von hinten noch von der Seite noch von den Flanken. Das werden wir nicht zulassen. Das ist unsere Verpflichtung gegenüber unserem Verbündeten“, betonte der belarussische Staatschef.



[https://deu.belta.by/images/storage/news/with\\_archive/2022/000019\\_1663665913\\_62036\\_big.jpg](https://deu.belta.by/images/storage/news/with_archive/2022/000019_1663665913_62036_big.jpg)

### 11:47 de.rt.com: **Psy-Ops über Twitter: Pentagon ordnet Überprüfung des eigenen Informationskriegs an**

Das US-Militär soll über gefälschte Social-Media-Accounts offenbar gezielt Desinformationen im Ausland verbreitet haben. Das berichtet die Washington Post unter Berufung auf eine Analyse der Stanford-Universität, die auf Daten hunderter gelöschter Konten beruht. Nun hat das Pentagon eine Untersuchung der Vorwürfe angeordnet. Das US-Verteidigungsministerium hat eine umfassende Überprüfung der vom US-Militär geführten Informationskriegsführung über soziale Medien angeordnet. Wie die Washington Post am Montag berichtete, hatten Facebook und Twitter zuvor rund 150 gefälschte Profile und Medienseiten entfernt, die vom US-Militär zur Führung psychologischer Operationen, sogenannter Psy-Ops, erstellt worden waren, um im Ausland pro-amerikanische Stimmungen zu schüren. Diese Taktik haben die USA Russland häufig vorgeworfen, so auch im Zusammenhang mit der angeblichen russischen Desinformationskampagne bei den US-Präsidentenwahlen im Jahr 2020.

Im Juli und August hatten Meta und Twitter eine Reihe von Accounts identifiziert und entfernt, über die koordiniert Beeinflussungskampagnen liefen. Die Konten wurden gemäß den Richtlinien der sozialen Medienunternehmen gesperrt, die "Plattformmanipulation und

Spam" sowie "koordiniertes, nicht authentisches Verhalten" verbieten. Die Daten zu den gefälschten Accounts übergaben Facebook und Twitter zu Forschungszwecken an Forscher der Stanford-Universität, die diese dann gemeinsam mit dem Analyseunternehmen Graphika auswerteten.

Beide fanden gemeinsam heraus, dass die Accounts Teil einer verdeckten US-Kampagne mit der Bezeichnung "Trans-Regional Web Initiative" waren. Über dieses Informationsnetz seien dann Inhalte verbreitet worden, die darauf abzielten, Narrative zu fördern, die im Interesse der USA und ihrer Verbündeten stehen. Zu den bevorzugten Themen gehörten "die diplomatischen und humanitären Bemühungen der USA in der Region, der angeblich bösartige Einfluss Russlands, russische Militärinterventionen im Nahen Osten und in Afrika sowie der chinesische 'Imperialismus' und die Behandlung muslimischer Minderheiten". So heißt es in dem Abschlussbericht der Forscher beispielsweise:

"Diese Kampagnen verbreiteten durchweg Narrative, die die Interessen der Vereinigten Staaten und ihrer Verbündeten förderten, während sie sich gegen Länder wie Russland, China und Iran richteten: In den Berichten wurde Russland insbesondere für den Tod unschuldiger Zivilisten und andere Gräueltaten kritisiert, die seine Soldaten in Verfolgung der 'imperialen Ambitionen' des Kremls nach der Invasion in der Ukraine im Februar dieses Jahres begangen haben."

Obwohl der Bericht die getarnten Konten nicht ausdrücklich dem US-Militär zuordnet, berichten Twitter und Meta, dass die falschen Konten hauptsächlich von den USA aus betrieben wurden. Die Forscher stellten außerdem fest, dass die Accounts typische Merkmale einer absichtlichen Beeinflussungskampagne aufwiesen. So wurde auf einem dieser gefälschten Konten unter anderem behauptet, dass Iran afghanischen Flüchtlingen angeblich Organe entnehmen würde. Zwar steht bisher nicht fest, ob dieser Account in direktem Zusammenhang mit den US-Psy-Ops steht. Sollte er jedoch Teil der Desinformationskampagne gewesen sein, stelle dies dem Post-Bericht zufolge allerdings einen "Verstoß gegen Doktrinen und Ausbildungspraktiken" des US-Militärs dar.

In ihrem Bericht kam die Stanford-Universität zu dem Schluss, dass es "der umfangreichste Fall von prowestlicher Einflussnahme in sozialen Medien ist, der bisher von Open-Source-Forschern untersucht und analysiert" worden ist. Bisher habe man angenommen, dass solche Beeinflussungskampagnen vor allem von autoritären Regimen durchgeführt werden. Der Bericht beleuchte aber das "viel breitere Spektrum an Akteuren".

Weil das offensichtliche Verbreiten von Falschinformationen die Glaubwürdigkeit der USA untergraben könnte, habe Colin Kahl, Staatssekretär im US-Verteidigungsministerium, die an psychologischen Operationen beteiligten Kommandos deshalb angewiesen, bis Oktober umfassende Berichte über ihre Aktivitäten vorzulegen. Im Auftrag der US-Regierung soll Kahl nun in Erfahrung bringen, welche Arten von Online-Beeinflussungsoperationen durchgeführt wurden, welche Instrumente verwendet wurden, wer ins Visier genommen wurde und wie effektiv diese Social-Media-Kampagnen waren.

Sehr erfolgreich waren die vom US-Militär geführten Kampagnen anscheinend jedoch nicht. "Die große Mehrheit der von uns untersuchten Posts und Tweets erhielt nicht mehr als eine Handvoll Likes oder Retweets", heißt es in dem Bericht der Forscher. Ganze 81 Prozent der Konten und Seiten hatten demnach weniger als 1.000 Follower. Zudem seien die Inhalte kaum geteilt oder geliked worden:

"Es ist bezeichnend, dass die beiden Konten mit den meisten Followern in den von Twitter bereitgestellten Daten offene Konten waren, die öffentlich eine Verbindung zum US-Militär erklärten."



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/article/63294d6948fbef11d172ffc7.jpg>

### 11:54 de.rt.com: **Puschilin meldet Vorstöße der Unionstruppen**

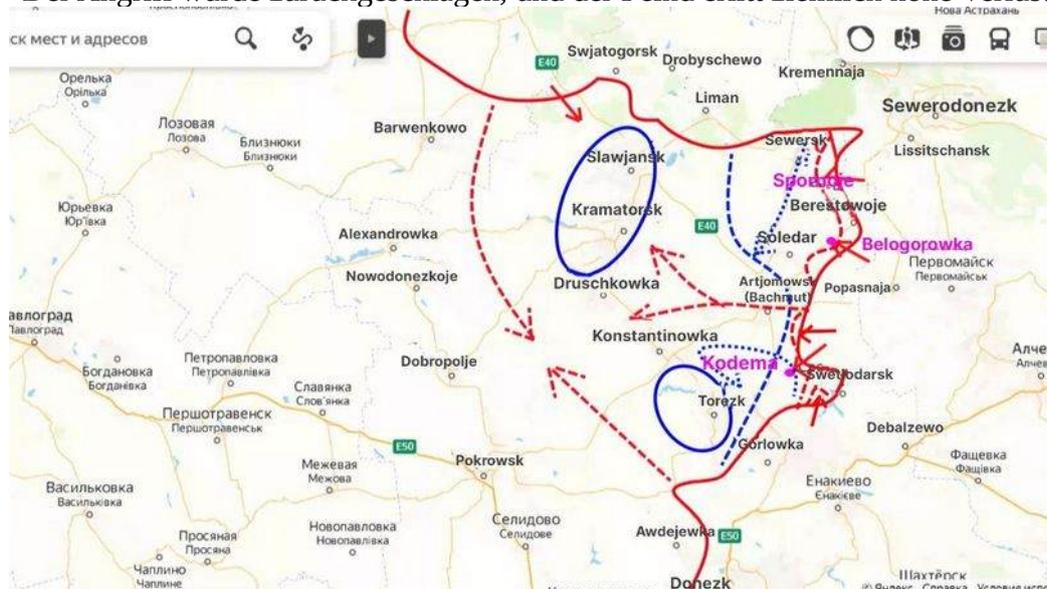
Der Chef der Donezker Volksrepublik (DVR), Denis Puschilin, hat Vorstöße der verbündeten Streitkräfte Russlands und der DVR auf mehreren Frontabschnitten gemeldet. [TASS](#) berichtete unter Berufung auf eine Erklärung Puschilins auf dem Kanal Solowjow Live am Dienstag:

"Was die Richtung Artjomowsk (Bachmut) betrifft, so sind die verbündeten Kräfte dort bereits von ihren Verteidigungspositionen am Stadtrand in eine neue Phase übergegangen, das heißt, sie rücken schon in Wohngebiete vor."

Artjomowsk befindet sich im Osten der Donezker Volksrepublik. Die Einnahme dieser Stadt würde die Fortbewegung der Unionskräfte in Richtung Kramatorsk erleichtern. Kramatorsk ist das "Hauptquartier" der ukrainischen Streitkräfte in Donbass.

Kämpfe gibt es derzeit auch auf den Frontabschnitten bei Donezk, Ugledar und Gorlowka. Puschilin zufolge gebe es auch in diesen Bereichen kleine Vorstöße. Er kommentierte auch die ukrainische Gegenoffensive bei Krasny Liman, einer strategisch wichtigen Stadt im Nordosten der umkämpften Republik. Mehrere Versuche in Richtung Krasny Liman aktiv zu werden, seien niedergeschlagen worden. Er erklärte:

"Der Angriff wurde zurückgeschlagen, und der Feind erlitt ziemlich hohe Verluste."



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/original/63298f6eb480cc1ed56cb039.jpg>

**nachmittags:**

13:20 (12:20) novorosinform.org: **Russische Truppen befreiten Saizewo im Bezirk Bachmut – Militärkorrespondent**

Die Streitkräfte der russischen Koalition übernahmen die volle Kontrolle über das Dorf Saizewo im Bezirk Bachmut der DVR. Das teilte Militärkorrespondent Alexander Kots mit. "Saizewo wurde von Kämpfern der 3. Brigade des 1. AK der DVR eingenommen. Jetzt sind sie in die Nähe von Majorsk gekommen", schrieb der Journalist in seinem Telegram-Kanal. Es sei darauf hingewiesen, dass sich inzwischen Kämpfer der russischen Streitkräfte und Abteilungen der Republiken von Donbass Majorsk genähert haben. Es liegt in einer Entfernung von 2 km von Saizewo.

Zuvor erklärte das russische Verteidigungsministerium, dass über 200 ukrainische Nationalisten im Donezker Frontabschnitt liquidiert worden seien. Es wurden Angriffe auf die Orte der Konzentration von Arbeitskräften und militärischer Ausrüstung der 53., 58., 93. mechanisierten Brigaden in den Gebieten der Siedlungen Saizewo, Nikolajewka und Torezk durchgeführt.



[https://novorosinform.org/content/images/36/93/53693\\_720x405.jpg](https://novorosinform.org/content/images/36/93/53693_720x405.jpg)

12:25 de.rt.com: **"Es darf keinen Fall in den Rücken geben" – Lukaschenko bekräftigt seine Pflichten als Verbündeter**

Der weißrussische Präsident Alexander Lukaschenko äußerte sich zum Zustand der Zusammenarbeit zwischen Russland und Weißrussland im Militärbereich.

"Wenn wir mit Russland sind, dann sind wir mit Russland. Wir haben einen Verteidigungsraum geschaffen, wir haben sogar gemeinsame Streitkräfte (unsere Armee ist an der Spitze). Es gibt eine regionale Gruppierung [Russlands auf dem Territorium der Republik Belarus – Anm. d. Red.]."

Das [sagte](#) er während des Treffens mit dem Staatssekretär des Sicherheitsrates Weißrusslands, Alexander Wolfowitsch.

Lukaschenko erinnerte seinen Gesprächspartner daran, dass Weißrussland seine Truppen im Süden, an der Grenze zur Ukraine, und im Nordwesten stärken müsse. Dabei kam er auf die Situation in der Ukraine im Zusammenhang mit der russischen Militäroperation zu sprechen.

"Und was die Unterstützung für Russland angeht, so bekräftige ich noch einmal: Es darf keinen Schlag in den Rücken, in die Seite, in die Flanken der russischen Truppen durch Weißrussland geben. Und das wird nicht der Fall sein. Das ist unsere Verpflichtung gegenüber unserem Verbündeten."



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/original/63298e37b480cc160d47a860.jpg>

lug-info.com/dan-news.info: Der Volkssowjet der LVR hat einstimmig ein Gesetz über ein Referendum zum Eintritt der LVR in die RF als Subjekt der Russischen Föderation beschlossen.

Es wurde anschließend vom Oberhaupt der LVR Leonid Pasetschnik unterzeichnet. Auch der Volkssowjet der DVR hat auf einer Sondersitzung ein entsprechendes Gesetz verabschiedet, das bereits vom Republikoberhaupt Denis Puschilin unterzeichnet wurde. Die Referenden werden vom 23. bis 27. September stattfinden.

12:29 de.rt.com: **Joe Biden: USA würden Taiwan im Ernstfall militärisch unterstützen**

US-Präsident Joe Biden hat Taiwan im Falle eines chinesischen Angriffs militärische Unterstützung auch durch US-Truppen zugesichert. Mit dieser Aussage löste das greise Staatsoberhaupt große Verärgerung in Peking aus.

US-Präsident Joe Biden gab dem US-Sender CBS im Rahmen der Sendung 60 Minutes am 15. September ein längeres Interview. Biden war in Kritik geraten, da er seit Monaten keine Gespräche nachweisen konnte. So hatte er seit Februar 2022 gegenüber amerikanischen Pressevertretern kein einziges [Interview](#) vor einer Kamera gegeben. Neben dem Schwerpunktthema einer fragilen US-Wirtschaft bei stetiger Inflationserhöhung überraschte Biden zu Beginn des Gesprächs mit seiner Aussage, dass die Corona-Pandemie beendet ist. In dem Themenblock Außenpolitik wechselte der 60 Minutes-Moderator von der aktiven massiven Unterstützung der USA für die Ukraine thematisch in die asiatische Region. Aufgrund des jüngsten Zusammentreffens von Wladimir Putin mit Chinas Staatschef Xi Jinping bestehe "die Sorge, dass Russlands Krieg in der Ukraine China zu einem Angriff auf die Insel Taiwan inspirieren könnte", so der Sender erläuternd auf seiner [Webseite](#). Auf die Frage: "Was sollte der chinesische Präsident Xi über Ihr Engagement für Taiwan wissen?", antwortete der US-Präsident zuerst zurückhaltend:

"Wir stimmen mit dem überein, was wir vor langer Zeit unterschrieben haben. Und dass es eine Ein-China-Politik gibt, und dass Taiwan seine eigenen Entscheidungen über seine Unabhängigkeit trifft. Wir bewegen uns nicht – wir ermutigen sie nicht, unabhängig zu sein. Das tun wir nicht, das ist ihre Entscheidung."

Das Ein-China-Prinzip ist für die Kommunistische Partei Chinas die Grundlage aller Souveränitätsfragen. Demnach gilt nur die Existenz eines einzigen Chinas, inklusive der Regionen Taiwan, Hongkong und Macau. Auf die erste forcierte Nachfrage des Moderators, ob "die US-Streitkräfte die Insel (Taiwan) verteidigen" würden, ergänzte Biden mit der Antwort:

"Ja, wenn es tatsächlich einen noch nie dagewesenen Angriff gab."

Auf die unmissverständliche Formulierung des Moderators, "anders als in der Ukraine, um

das klarzustellen, Sir, würden die US-Streitkräfte, die US-Männer und Frauen Taiwan im Falle einer chinesischen Invasion verteidigen?", antwortete Joe Biden mit einem eindeutigen "Ja".

Der Sender informiert auf seiner Webseite, dass im Anschluss an das Interview ein Beamter des Weißen Hauses zu der Aussage Bidens erklärte:

"Die Politik der USA gegenüber Taiwan habe sich nicht geändert. Offiziell halten die USA eine "strategische Zweideutigkeit" darüber aufrecht, ob amerikanische Streitkräfte Taiwan verteidigen würden, aber das Gesetz über die Beziehungen zu Taiwan verpflichtet die USA, Taiwan zu helfen, sich zu verteidigen."

Diesbezüglich informierte die Nachrichtenagentur [Reuters](#) bereits Anfang September:

"Das US-Außenministerium hat einen möglichen Verkauf von Militärausrüstung im Wert von 1,1 Milliarden Dollar an Taiwan genehmigt, darunter 60 Anti-Schiffs-Raketen und 100 Luft-Luft-Raketen, wobei China mit Gegenmaßnahmen droht."

China [reagierte](#) laut Medienberichten "wütend", so die Tageszeitung Daily Sabah. Die Sprecherin des Außenministeriums, Mao Ning, teilte am Montag vor der Presse in Peking mit: "Die Äußerungen seien eine 'ernsthafte Verletzung' des 'Ein-China-Prinzips' und der Verpflichtungen, die die USA gegenüber Peking eingegangen seien. Die US-Seite sende 'ein völlig falsches Signal' an die Unabhängigkeitskräfte in Taiwan. China ist entschieden dagegen."

[Voice of America \(VOA\)](#) informiert über die Tatsache, dass die jüngste Aussage des US-Präsidenten zur Causa Taiwan "zum vierten Mal seit seinem Amtsantritt im Jahr 2021" geschehen sei, um Mao Ning mit den Worten zu zitieren:

"Wir sind bereit, unser Bestes zu tun, um eine friedliche Wiedervereinigung anzustreben. Gleichzeitig werden wir keine Aktivitäten dulden, die auf eine Abspaltung abzielen. Es gibt nur ein China auf der Welt, Taiwan ist Teil Chinas, und die Regierung der Volksrepublik China ist die einzige legitime Regierung Chinas."

Mehrere Experten, die von VOA kontaktiert wurden, hätten laut dem Artikel die Einschätzung abgegeben, dass "abgesehen von der wütenden Reaktion Chinas Bidens Äußerungen wahrscheinlich wenig dazu beitragen, die Erwartungen Pekings darüber zu ändern, was im Falle eines Konflikts um Taiwan geschehen würde".



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/article/63296892b480cc22f849e3bc.jpg>  
US-Präsident Joe Biden gibt dem US-Sender CBS ein Interview, 20. September 2022

13:52 (12:52) deu.belta.by: **Von Antwort auf Sanktionen bis zum Haushaltsplan. Leiter des Zollkomitees zu Arbeitsgespräch bei Lukaschenko**

Der belarussische Präsident Alexander Lukaschenko hat heute den Bericht des Vorsitzenden des Staatlichen Zollkomitees Wladimir Orłowski entgegengenommen. Im Mittelpunkt des

Arbeitstreffens standen aktuelle Fragen, mit denen sich der belarussische Zoll beschäftigt – von Haushaltseinnahmen bis zur Antwort auf westliche Sanktionen.

„Wie ist die Situation an der Grenze? In erster Linie im Hinblick auf die wirtschaftliche Lage. Wie erfüllen Sie Ihre Hauptaufgaben bei der Aufstellung des Staatshaushalts“, wollte der Staatschef wissen.

Der Präsident erinnerte daran, dass die Aufgaben und Befugnisse zwischen dem Staatlichen Grenzkomitee und dem Staatlichen Zollkomitee vor einiger Zeit neu verteilt wurden. In diesem Zusammenhang wollte Alexander Lukaschenko wissen, wie die Dinge laufen: „Was ist in dieser Hinsicht los? Gibt es irgendwelche Bedenken? Vielleicht haben wir irgendwo einen Fehler gemacht?“

Der Staatschef wollte darüber hinaus wissen, was der Zoll gegen die westlichen Sanktionen unternimmt. Schließlich wurde der Zollkomitee mit der Umsetzung der Antisanktionsmaßnahmen betraut.

Alexander Lukaschenko sprach außerdem das Thema „Verbesserung der Infrastruktur an den Zollkontrollstellen und Zolltechnologien“ an. „Die Europäische Union hat früher einige gemeinsame Zollprogramme an unserer Grenze finanziert. Sie wurden ausgesetzt, jede Hilfe und Unterstützung blieben aus, der Westen weigerte sich, seine Programme hier umzusetzen. Es ist eine totale Schweinerei: Versprochen, genehmigt und auf den Kopf gespuckt. Nun, sie haben offensichtlich ein Recht darauf“, sagte der Präsident. „Ist es uns gelungen, ihr Fehlen durch unsere eigenen Maßnahmen zu ersetzen? Haben wir diese Programme nicht verloren, verbessern wir weiterhin die Infrastruktur der Zollbehörden?“

Wladimir Orłowski informierte den Staatschef über die Situation an der Grenze: „Natürlich hat sich unsere Arbeit durch die beispiellosen EU-Sanktionen stark verändert. Die Tatsache, dass unseren Lastwagen, sowohl den belarussischen als auch den russischen, die Einreise verweigert wurde, hat unsere Arbeit stark beeinträchtigt. Aber wir haben uns innerhalb einer Woche organisiert. Wir hatten bereits logistische Zentren entlang der Grenze. Wir haben weitere Standorte hinzugefügt und ausgerüstet, unser Personal rund um die Uhr eingesetzt und innerhalb einer Woche den Transport- und Umladebetrieb aufgenommen.“

Nach Angaben der Zollkomitees wurden im Jahr 2022 Zollzahlungen in Höhe von Br5,8 Mrd. an den Staatshaushalt geleistet. Mehr als 951 Tausend Fahrzeuge überquerten die Zollgrenze der EAWU nach Belarus, das Volumen der beförderten Güter belief sich auf 12 Millionen Tonnen. Die Zahl der beförderten Personenkraftwagen hat sich von 321 Tausend auf 1,2 Millionen mehr als verdreifacht. In diesem Jahr soll der Umbau von 7 Straßenkontrollstellen abgeschlossen werden: "Brest", "Mokranj", "Benjakoni", "Kotlowka", "Widsy", "Grigorowschina" und "Novaja Rudnja".

Seit Anfang 2022 wurden mehr als Br38 Mio. aus den Strafverfolgungsmaßnahmen des Zolls an den Staatshaushalt gezahlt, das sind 38% mehr als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. In 266 Fällen wurde der illegale Handel mit Drogen und psychotropen Stoffen unterbunden, 127 Strafverfahren wurden eingeleitet, und rund 500 kg Betäubungsmittel, psychotrope und potente Stoffe wurden beschlagnahmt. Sechzig Fälle von illegalen Handlungen mit Waffen, Munition und Sprengstoff wurden aufgedeckt, sechs Strafverfahren wurden eingeleitet und 267 Waffen und Munition wurden beschlagnahmt.

In Bezug auf die Maßnahmen, die die Zollbehörden ergriffen haben, um dem Sanktionsdruck entgegenzuwirken, erinnerte der Leiter des Zollkomitees an das Verbot des Transports von Lastkraftwagen aus EU-Ländern durch das Hoheitsgebiet von Belarus (diese Maßnahme wurde als Reaktion auf die von der EU gegen Belarus und die EU-Länder verhängten Sanktionen ergriffen). Um Waren in oder aus nicht befreundeten Ländern zu transportieren, können sie an 18 ausgewiesenen Standorten, die fast 2.200 Lkw gleichzeitig aufnehmen können, auf- oder umgeladen werden. Täglich finden rund 1.000 An- und 400 Umladungen statt.



[https://deu.belta.by/images/storage/news/with\\_archive/2022/000019\\_1663671201\\_62039\\_big.jpg](https://deu.belta.by/images/storage/news/with_archive/2022/000019_1663671201_62039_big.jpg)

### 12:58 de.rt.com: **Saporoschje-Verwaltung: Meldungen über ukrainische Truppenbewegungen haben zugenommen**

Deutlich aktiver beim Melden der Aktionen und vor allem der Standorte der ukrainischen bewaffneten Formierungen an die prorussischen Verbündeten sind neuerdings die Einwohner des Gebiets Saporoschje. Die Kiew-treuen Truppen geraten infolgedessen deutlich häufiger unter sichtlich wirksameres Artillerie- und Raketenfeuer.

Dies erklärte Wladimir Rogow, der Vorsitzende der Bewegung "Wir sind mit Russland" und stellvertretender Vorsitzender der zivil-militärischen Verwaltung der befreiten Territorien des Gebiets, gegenüber der TASS:

"Dank geht an die Einwohner: Sie leiten uns jetzt in drastisch verstärktem Maße Daten darüber zu, wo sich Selenskijs Kämpfer versammeln und ihre Ausrüstung an der Frontlinie im Gebiet Saporoschje konzentrieren – deswegen können wir jetzt ziemlich genaue Treffer landen. Wir haben dafür einen Chatbot. Über diesen Bot schreiben sie uns an, manchmal kommt die Information sogar mit Bildern daher."

Kiew hat inzwischen die Kontrolle über mehr als 70 Prozent des Territoriums des Gebiets Saporoschje verloren. Das Gebiet durchläuft momentan eine Integration in das rechtliche und wirtschaftliche Feld Russlands. Die örtlichen Behörden erklärten ihre Absicht, Teil der Russischen Föderation zu werden und ein Referendum zu dieser Frage abzuhalten. Die Ukraine versucht, das friedliche Leben zu stören, indem sie zivile Objekte in bewohnten Gebieten beschießt und Terroranschläge organisiert.

### 13:00 de.rt.com: **Scholz und Habeck reisen in Golfstaaten: Jetzt doch langfristige Gas-Verträge mit Katar?**

Nach der Absage Norwegens für zusätzliche Erdgaslieferungen hat die Bundesregierung offenbar gegenüber der Regierung von Katar eingelenkt. Sie will nun doch langfristige Flüssiggas-Verträge mit dem Golfstaat unterzeichnen - obwohl das nicht mit der deutschen Klimapolitik vereinbar ist.

Bundeskanzler Olaf Scholz wird am kommenden Wochenende drei Golfstaaten besuchen und dabei von Wirtschaftsvertretern begleitet. Die Bundesregierung erwartet neue Verträge für Flüssiggaslieferungen beim Besuch von Kanzler Olaf Scholz auf der arabischen Halbinsel. In Katar dürfte vor allem die Gasversorgung im Mittelpunkt stehen. Wirtschaftsminister Habeck (Die Grünen) hatte bei einem Besuch im Golfemirat im März eine Energiepartnerschaft unterzeichnet, ohne einen konkreten Deal über Gaslieferungen nach

Deutschland zu vereinbaren.

Der Energiekonzern Uniper führt derzeit nach eigenen Angaben Gespräche mit Katar über mögliche LNG-Lieferungen. Inzwischen berichtet [Reuters](#), die deutschen Energieversorger RWE und Uniper stehen kurz vor dem Abschluss "langfristiger Verträge" über den Erwerb von verflüssigtem Erdgas (LNG) aus Katar, um russisches Gas zu ersetzen. Bei den Gesprächen hat es bislang Differenzen über die Laufzeiten der Verträge zur Lieferung von LNG gegeben, da diese Frage in engem Zusammenhang mit den Klimazielen der Bundesregierung steht. Die Verantwortlichen des Emirats haben auf Abnahmegarantien für mindestens 20 Jahre bestanden. Bis zum Jahr 2042 plant die Bundesregierung jedoch, so gut wie klimaneutral zu wirtschaften. Darunter fällt auch der Ausstieg aus der Nutzung von Erdgas.

Scholz werde "sicherlich" in den Vereinigten Arabischen Emiraten einige Verträge für Flüssiggas (LNG) unterzeichnen können, sagte Wirtschaftsminister Robert Habeck in Lubmin. Habeck wollte sich am Montag gemeinsam mit Mecklenburg-Vorpommerns Ministerpräsidentin Manuela Schwesig (SPD) in Lubmin über die aktuelle Situation in Sachen Flüssiggas informieren.

Es seien aber nicht nur die Vereinigten Arabischen Emirate, sondern auch afrikanische und asiatische Staaten, die LNG-Kontingente abgeben, sagte der Wirtschaftsminister. "So schließen wir die Lücke, die das Fehlen von russischem Gas gerissen hat." Habeck wies weiter darauf hin, dass er bei seinem eigenen Besuch in der arabischen Region bereits Vorarbeiten für mögliche LNG-Lieferungen getätigt habe. Wichtig sei, dass bereits in diesem und zum nächsten Winter Terminals zur Anlandung des Brennstoffes an deutschen Küsten entstünden.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/article/63296f8648fbef48a9105060.jpg>

*Habeck in Abu Dhabi*

### 13:13 de.rt.com: **Referendum über den Beitritt zu Russland ist auch im Gebiet Saporoschje zu erwarten**

In Melitopol hat ein gebietsweiter Bürgerkongress über die Durchführung eines Referendums über den Beitritt der Region Saporoschje zu Russland begonnen. Das meldet die russische Nachrichtenagentur RIA Nowosti. Der Telegram-Kanal Saporoschskij Westnik [veröffentlichte](#) dazu ein Video mit einem voll gefüllten Saal, dessen Bühne mit russischer Trikolore und einem Banner "Zusammen mit Russland" geschmückt ist.

Die Teilnehmer des Forums erläutern in ihren [Auftritten](#), warum sie sich den Anschluss zu Russland wünschen. Zu erwarten ist ein Appell an die provisorische Gebietsverwaltung über die baldige Abhaltung des Referendums. Die Volksrepubliken Donezk und Lugansk sowie die benachbarte Region Cherson im Süden der Ukraine haben solche Beschlüsse schon gefasst. Melitopol ist eine Großstadt unweit des Schwarzmeer-Ufers und ist derzeit die administrative

Hauptstadt des zu 70 Prozent von Russland kontrollierten Gebiets. Dazu gehört auch das Gelände um das AKW Saporoschje. Die namensgebende Hauptstadt des Gebiets Saporoschje befindet sich unter der Kontrolle Kiews.

### 13:25 de.rt.com: **Verwaltung des Gebietes Cherson kündigt Referendum über Russland-Beitritt an**

Im Gebiet Cherson wird zeitnah ein Referendum über den Beitritt des Gebiets zur Russischen Föderation abgehalten. Dies [erklärte](#) der Leiter der zivil-militärischen Verwaltung der befreiten Territorien des Gebiets Wladimir Saldo am Dienstag auf seinem Telegram-Kanal.

Die Perspektiven sieht er wie folgt:

"Ich bin sicher, dass die Führung der Russischen Föderation die Ergebnisse des Referendums akzeptieren wird und das Gebiet Cherson als ein vollwertiges Subjekt des einheitlichen Staates Russland diesem beitreten wird."

Außerdem sollen die Einwohner des Gebiets sich freiwillig zum Kampf gegen die Kiewer Regierungstruppen melden können, ohne allein schon dafür eine Reise in die Volkrsepubliken Donezk und Lugansk oder nach Russland auf sich nehmen zu müssen:

"Ich halte es für notwendig, im Gebiet Cherson Freiwilligenbataillone zu gründen und aufzustellen, die an der militärischen Sonderoperation der Streitkräfte der Russischen Föderation auf dem Gebiet der Ukraine teilnehmen sollen."

Zum Schluss gab Saldo sich mit der zuvor vom Öffentlichen Rat des Gebiets geäußerten Ansicht konform:

"Ich bin sicher, dass die Eingliederung des Gebietes Cherson in die Russische Föderation unsere Region sicher machen, neue Möglichkeiten auf dem Weg zurück zu einem friedlichen Leben eröffnen und zu einem Triumph der historischen Gerechtigkeit werden wird."

"Ich bin überzeugt, dass das russische Volk und der Präsident der Russischen Föderation Wladimir Putin als Garanten für die Sicherheit und den Wohlstand in unserer Region auftreten werden."

"Dauerhafter Frieden, die Aufrechterhaltung der Ordnung und die Gewährleistung einer stabilen Zukunft für unsere Kinder sind nur gemeinsam mit der Russischen Föderation möglich."



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/original/6329a317b480cc1ed56cb060.png>

*Der Vorsitzende der zivilmilitärischen Verwaltung befreiter Territorien des Gebietes Cherson Wladimir Saldo bei der Ansprache an seine Landsleute zur Abhaltung eines Referendums zum Russland-Beitritt des Gebiets. 20. September 2022*

14:49 (13:49) deu.belta.by: **Lukaschenko lässt alle Behörden mobilisieren, um Disziplin**

## **und Ordnung im Land zu schaffen**

Der belarussische Präsident Alexander Lukaschenko hat angewiesen, alle Staatsbehörden zu mobilisieren, um Disziplin und Ordnung im Land zu schaffen. Das sagte er heute bei einem Arbeitsgespräch mit dem Staatssekretär des Sicherheitsrates Alexander Wolfowitsch.

Das Staatsoberhaupt wies auf die Notwendigkeit hin, die Zusammenarbeit mit den staatlichen Behörden zu verstärken. „In diesen Tagen hatte ich trotz einer Menge Arbeit die Zeit, darüber nachzudenken, was in Belarus vor sich geht. Ich möchte noch einmal betonen: Wir müssen die Verantwortung und die Disziplin in unserer Gesellschaft stärken. Schweinerei gibt es genug. Und wenn man anfängt, sich mit scheinbar trivialen Angelegenheiten zu befassen, trifft man auf einmal auf sehr seriöse Themen“, bemerkte der belarussische Staatschef.

„Es mangelt an Disziplin. Deshalb müssen Sie (das ist meine Anweisung an das Staatssekretariat und an Sie als Staatssekretär) die Kontrolle über all diejenigen übernehmen, die für die Exekutivdisziplin verantwortlich sind, und alle Regierungsstellen mobilisieren, um Disziplin und Ordnung im Lande zu schaffen. An allen Fronten. Ich habe hier ein Beispiel aus der Bildung genannt. Aber auch im sozialen Bereich haben wir genug Probleme. Und wir haben genug Probleme in der Wirtschaft“, sagte der Staatschef.

„Ich erhalte immer mehr Informationen, dass die Geflohenen und ihre Verwandten hier diese Zeit ruhig ausgesessen haben. Nun machen sie ihre Geschäfte auf und sagen offen, dass sie hier Geld verdienen wollen, um nachher wieder einen Aufstand zu organisieren. Und in der Ukraine werden eine Art Regimenter oder Bataillone gebildet, um die Regierung zu stürzen. Das Ziel ist es, Belarus zu zerreißen und in die NATO zu zwingen. Sie wollen in Belarus eine zweite Ukraine. Das ist inakzeptabel. Ich sage das offen und unverhohlen. Ich möchte, dass Sie das wissen“, betonte der belarussische Staatschef.



[https://deu.belta.by/images/storage/news/with\\_archive/2022/000019\\_1663674610\\_62040\\_big.jpg](https://deu.belta.by/images/storage/news/with_archive/2022/000019_1663674610_62040_big.jpg)

*Alexander Wolfowitsch*

## **13:57 de.rt.com: Beitritt zu Russland: Vom 23. bis 27. September Referenden in Volksrepubliken Lugansk und Donezk**

Die Volksrepubliken Lugansk und Donezk wollen in den kommenden Tagen Abstimmungen über den Beitritt zur Russischen Föderation abhalten. Die Referenden sollen in den beiden Donbass-Republiken laut Ankündigungen vom 23. bis 27. September stattfinden.

In wenigen Tagen wollen die beiden Donbass-Republiken ein Referendum zum Beitritt zur Russischen Föderation abhalten. Das Oberhaupt der Volksrepublik Lugansk (LVR), Leonid Passetschnik, war der Erste, der die Nachricht verkündete. Er gab die Entscheidung bekannt, nachdem er ein Gesetz über die "Durchführung eines Volksbegehrens in der Republik über die Aufnahme der Region in die Russische Föderation" unterzeichnet hatte. Später am selben Tag unterstützte das lokale Parlament in Lugansk einstimmig diesen Schritt und legte einen

Termin für die Abstimmung fest. Das Referendum soll vom 23. bis 27. September stattfinden. Der Entscheidung der Volksrepublik Lugansk folgte bald darauf auch das Oberhaupt der Volksrepublik Donezk (DVR), Denis Puschilin, das erklärte, dass auch seine Region ein ähnliches Plebiszit zum selben Zeitpunkt abhalten werde. Puschilin erklärte, er habe die entsprechenden Gesetze bereits in das Parlament der DVR eingebracht.

In einem Schreiben an den russischen Präsidenten Wladimir Putin appellierte Puschilin, die Eingliederung der DVR in das Gebiet der Russischen Föderation zu erwägen, wenn die Bevölkerung bei der Volksabstimmung der Vereinigung zustimmt. Er führte in seinem Schreiben an:

"Das leidgeprüfte Volk des Donbass verdient es, Teil des großen Landes zu sein, das es immer als sein Vaterland betrachtet hat. Dieses Ereignis wird die Wiederherstellung der historischen Gerechtigkeit sein, nach der sich Millionen russischer Menschen sehnen."

Die Ankündigung des Volksentscheids erfolgte, nachdem die Zivilgesellschaftliche Kammer der LVR die Führung der Volksrepublik am Montag aufgefordert hatte, "unverzüglich" über den Beitritt zu Russland abzustimmen. Die Institution hatte erklärt, es sei wichtig, den Prozess zu beschleunigen und das Referendum so bald wie möglich durchzuführen.

"Die Ereignisse der letzten Tage haben gezeigt, dass die Kiewer Nationalisten alle roten Linien überschritten haben", sagte die stellvertretende Vorsitzende der Kammer, Lina Wokalowa, und verwies auf den unerbittlichen Beschuss der Zivilbevölkerung in der Volksrepublik Lugansk.

Sie erinnerte auch daran, dass die Menschen im Donbass ihre Entscheidung bereits 2014 getroffen hätten, als das erste "Selbstbestimmungs-Referendum" zur Abspaltung von der Hoheit Kiews stattgefunden hatte. "All die Jahre haben wir gewartet und daran geglaubt, dass ein zweites Referendum folgen wird, das unseren Traum von der Rückkehr nach Hause – in die Russische Föderation – verwirklichen wird", fügte Wokalowa hinzu.

Russland hatte am 24. Februar Truppen in die Ukraine entsandt und dies mit dem Schutzbedarf der Volksrepubliken Donezk und Lugansk, die es einige Tag zuvor anerkannt hatte, vor dem seit über sieben Jahren andauernden ukrainischen Beschuss begründet. Zugleich wies Russland auf die Nichtumsetzung der Minsker Vereinbarungen durch Kiew hin, die den Regionen Donezk und Lugansk einen Sonderstatus innerhalb des ukrainischen Staates hatte einräumen sollen. Die von Deutschland und Frankreich vermittelten Abkommen wurden erstmals 2014 unterzeichnet. Der ehemalige ukrainische Präsident Petro Poroschenko hat inzwischen zugegeben, dass das Hauptziel Kiews darin bestand, mit dem Waffenstillstand Zeit zu gewinnen und "mächtige Streitkräfte zu schaffen".

Im Februar 2022 erkannte der Kreml die Donbass-Republiken als unabhängige Staaten an und verlangte, dass die Ukraine sich offiziell zu einem neutralen Land erklärt, das sich niemals einem westlichen Militärblock anschließen wird. Kiew besteht darauf, dass die russische Offensive völlig unprovokiert war.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/article/6329bde048fbef12f24b3888.jpg>  
*Bewohner der Volksrepublik Lugansk halten zum Tag der russischen Nationalflagge am 22. August 2022 eine riesige russische Flagge*

14:06 de.rt.com: **"Russische Frage" mit Gewalt lösen – Ukraine kommentiert Referenden**

Die Meldungen bezüglich der baldigen Referenden in den Volksrepubliken Donezk und Lugansk sowie in den Regionen Cherson und Saporoschje über den Beitritt der ehemals ukrainischen Territorien zu Russland überschlagen sich. Die Stellungnahme des Chefs der Selenskij-Administration, [Andrei Jermak](#), auf Telegram kann als Kiews erster offizieller Kommentar dazu gelten.

Er nannte die Referenden "naive Erpressung mit Drohungen und Panikmache vor 'Volksabstimmungen', 'Mobilisierungen' von denen, die nur Kinder und Zivilisten bekämpfen". So sehe die Angst des Feindes vor einer Niederlage aus. Der Leiter des Präsidialamtes schrieb:

"Die Ukraine wird die russische Frage lösen. Die Bedrohung kann nur mit Gewalt beseitigt werden."

**Dnronline (Telegram-Kanal): Die wichtigsten Aussagen aus den Erklärungen des Republikoberhauptes Denis Puschilin beim Fernsehsender „Rossija-24“:**

- Die DVR wird ihre Bezeichnung behalten, wenn sie zu einem Subjekt Russlands wird.
- Die Verfassung der DVR wird im Fall eines Eintritts in die RF an die Gesetze Russlands angepasst, die Flagge wird sich nicht ändern.
- Nach der Erklärung über die Referenden ging von der Ukraine eine heftige Cyberattacke auf die Seite des Oberhauptes der DVR aus.
- Während des Referendums in der DVR werden die Sicherheitsmaßnahmen im Mittelpunkt stehen.
- Eine elektronische Abstimmung wird beim Referendum in der DVR nicht möglich sein.
- Beim Referendum in der DVR wird folgende Frage gestellt werden: „Unterstützen Sie den Eintritt der DVR in den Staatsverband Russlands mit den Rechten eines Subjekts der RF?“
- Es gibt keinen Zweifel, dass die Einwohner der DVR für einen Eintritt in die RF stimmen werden.
- Die Einwohner des zeitweilig von Kiew besetzten Teils der DVR werden bei Referendum auf dem befreiten Territorium oder in Russland abstimmen können.
- An der Kontaktlinie werden die Soldaten der DVR zentralisiert beim Referendum abstimmen, damit gibt es schon Erfahrung.
- In der DVR gibt es die Absicht, für die Einwohner der frontnahen Gebiete die Möglichkeit zur Beteiligung am Referendum maximal abzusichern.

14:31 de.rt.com: **In der deutschen Politik schrillen die Alarmglocken: Türkei will Schanghaier Organisation beitreten**

Die Türkei will nach eigenen Angaben der Schanghaier Organisation für Zusammenarbeit (SOZ) beitreten. Die Meldung sorgte für Aufregung bei den deutschen Politikern.

Die Türkei will nach Angaben von Präsident Recep Tayyip Erdoğan der Schanghaier Organisation für Zusammenarbeit (SOZ) beitreten, zu der unter anderem China, Russland, Indien und Pakistan sowie einige zentralasiatische Staaten gehören. Aktuell wird die Türkei von der SOZ als Dialogpartner geführt. Im Fall eines Beitritts wäre die Türkei das erste Mitglied der Gruppe, das gleichzeitig auch der NATO angehört. Beim jüngsten Treffen der Schanghaier Organisation für Zusammenarbeit wurde auch die Aufnahme Irans beschlossen. Nach einem Gipfeltreffen der Organisation im usbekischen Samarkand sagte der türkische Präsident, die Türkei wolle bei dem Treffen im kommenden Jahr eine Mitgliedschaft erörtern.

Sein Land habe "historische und kulturelle" Verbindungen zum asiatischen Kontinent und wolle eine Rolle in der Organisation spielen, deren Mitglieder zusammen "30 Prozent der Weltwirtschaftsleistung" ausmachten. Er verwies auf die Asien-Initiative, die Ankara 2019 beschlossen habe und die das Ziel verfolge, die im Westen Asiens liegende Türkei enger mit dem Osten des Kontinents zu verbinden.

Der außenpolitische Sprecher der SPD, Nils Schmid, sieht Erdoğan's Initiative als "schweren Fehler" und als "weiteren Versuch Erdoğan's, von innenpolitischen Schwierigkeiten" abzulenken. Der grüne Außenpolitiker Jürgen Trittin forderte aber eine "robustere Türkeipolitik". "NATO und Europäische Union müssen sich fragen lassen, wie lange sie sich von Erdoğan noch auf der Nase herumtanzen lassen", sagte der außenpolitische Sprecher der Grünen-Bundestagsfraktion, Jürgen Trittin, der Zeitung Welt.

Die Organisation versteht sich als Antipode zum Westen. Der iranische Präsident Ebrahim Raisi sagte in Samarkand, die SOZ sei eine Organisation gegen den "US-amerikanischen Unilateralismus". Ob die Türkei letztlich dem östlichen Bündnis beitreten wird, ist noch nicht klar.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/article/6329889ab480cc1ed56cb032.jpg>  
*Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs der Schanghaier Organisation für Zusammenarbeit (SOZ) am 16. September 2022 in Samarkand*

#### 14:59 de.rt.com: **Androhung von US-Sanktionen: Türkische Banken setzen Nutzung des russischen Zahlungssystems aus**

Mehrere Länder akzeptieren Karten des russischen Zahlungssystems MIR, das 2014 eingerichtet worden war. Nun setzen zwei türkische Banken die Nutzung des Systems aus. Ihre Entscheidung folgt auf direkte Androhung von Sanktionen aus Washington.

Die türkischen Banken İşbank und DenizBank gaben am Montag bekannt, dass sie die Nutzung des russischen Zahlungssystems "MIR" eingestellt haben. Zuvor wurden die Finanzinstitute aus Washington, D.C. explizit gewarnt, sie würden Sekundärsanktionen riskieren, wenn sie Moskau weiterhin dabei helfen, die US-Sanktionen zu umgehen. Die Banken bestätigten ihre jüngste Entscheidung auch gegenüber der russischen Nachrichtenagentur RIA Nowosti.

Das Kreditinstitut İşbank erklärte gegenüber der US-Wirtschaftsplattform Bloomberg auch, dass diese Entscheidung auf die Erklärung des US-Finanzministeriums zu diesem Thema folgte. In der vergangenen Woche hatte die Kontrollbehörde des US-Finanzministeriums – das Office of Foreign Assets Control (OFAC) – angekündigt, sie sei bereit, Sanktionen gegen jedes Bankinstitut außerhalb Russlands zu verhängen, welches das Zahlungssystem Moskaus nutzt.

Wenig später [berichteten](#) namentlich nicht genannte Quellen gegenüber der Financial Times von der Absicht der USA und auch der Europäischen Union, [Druck auf türkische Banken](#)

[auszuüben](#), um diese daran zu hindern, Russland bei der "Umgehung der Sanktionen" zu helfen. Man wolle "Schlupflöcher schließen", erklärte ein Beamter gegenüber der Zeitung und verwies darauf, dass sich die EU und die USA derzeit auf eine striktere Durchsetzung der bereits verhängten Sanktionen gegen Moskau konzentrieren wollen.

Türkische Banken hatten sich Anfang August dem russischen Zahlungsnetzwerk angeschlossen, um den russischen Touristen das Bezahlen von Leistungen in der Türkei zu erleichtern.

Das russische Zahlungssystem "MIR" (sinngemäß zu Deutsch: Welt/Frieden) war im Juli 2014 eingerichtet worden, nachdem die USA wegen der Angliederung der Halbinsel Krim an die Russische Föderation Sanktionen gegen Russland verhängt hatten. Das Zahlungssystem wurde von der russischen Zentralbank als eigene Alternative zu den US-amerikanisch kontrollierten Kartensystemen von Visa und Mastercard entwickelt.

Seit dessen Einführung haben die russischen Banken mehr als 129 Millionen "MIR"-Karten ausgegeben. Sie werden derzeit in der Türkei, Vietnam, Armenien, Südkorea, Usbekistan, Belarus, Kasachstan, Kirgisistan, Tadschikistan, Südossetien und Abchasien akzeptiert. Jüngst hieß es, dass Russland mit einer Reihe weiterer Länder über die Akzeptanz und Einführung des Zahlungssystems verhandeln würde. Darunter seien etwa China, Kuba, Myanmar, Nigeria und Thailand.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/article/6329888548fbef151065603a.jpg>

*Filiale der İşbank in der türkischen Hauptstadt Ankara*

15:02 de.rt.com: **Putin lobt russische Waffen, will aber auch von NATO-Technik lernen**

Russland muss und kann die in der Ukraine eingesetzte westliche Militärausrüstung untersuchen und seine eigene verbessern, und zwar schnell und effizient, sagte der russische Präsident Wladimir Putin bei einem Treffen mit den Leitern von Rüstungsunternehmen. RIA Nowosti zitierte Putin:

"Ich möchte auch betonen, dass unsere Ausrüstung westlichen Waffen wirksam widersteht. Wie Sie wissen, werden alle Arsenale der NATO eingesetzt, um das derzeitige Regime in Kiew zu unterstützen, was bedeutet, dass wir sie, diese Arsenale und das, was dort vorhanden ist und was gegen uns eingesetzt wird, studieren müssen und können, unsere Fähigkeiten qualitativ verbessern und auf der Grundlage der gewonnenen Erfahrungen unsere Ausrüstung, unsere Waffen verbessern – das ist ein natürlicher Prozess, und natürlich sollte er genutzt werden. Das sollte so schnell und effizient wie möglich geschehen."

"Der russische militärisch-industrielle Komplex muss die Truppen so schnell wie möglich mit den erforderlichen Waffen und Ausrüstungen versorgen."



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/original/6329ba3a48fbef12f24b387f.jpg>

Der russische Präsident Wladimir Putin mit dem Generalstab-Chef Waleri Gerassimow (rechts) und Verteidigungsminister Sergei Schoigu (links) während der Militärübung Wostok-2022 am 6. September in der Primorskij Region

16:25 (15:25) novorosinform.org: **In der Region Cherson wurde das Datum des Referendums festgelegt**

Die Abstimmung über den Beitritt der Region Cherson zu Russland findet vom 23. bis 27. September statt, teilte der Leiter der militärisch-zivilen Verwaltung der Region Wladimir Saldo mit.

Der Beamte erklärte, dass die Behörden alles Notwendige tun würden, um die Sicherheit der Bewohner der Region zu gewährleisten. Er wandte sich auch an Russland und andere Länder mit der Bitte, bei der Durchführung eines Referendums behilflich zu sein. Saldo betonte, die Region brauche Hilfe beim "Aufbau einer legitimen Verfassungsordnung".

Der Verwaltungschef forderte die Einwohner der Region auf, staatsbürgerliches Bewusstsein zu zeigen und zum Referendum zu kommen, um eine historische Entscheidung zu treffen. „Dies ist eine notwendige Lösung angesichts der ständigen Terrorakte der Streitkräfte der Ukraine und der NATO-Mitgliedsländer, die Waffen liefern, um Zivilisten auf unserem Land zu töten“, sagte Saldo.



[https://novorosinform.org/content/images/37/19/53719\\_720x405.jpg](https://novorosinform.org/content/images/37/19/53719_720x405.jpg)

16:42 (15:42) novorosinform.org: **Die Streitkräfte der Ukraine versuchten eine Offensive in der Region Saporoschje**

Selenskij's Kämpfer versuchten, die Nachrichten über das Referendum zu überschatten und eine Offensive im Bereich von Orechow in der Region Saporoschje zu starten, berichtete Wladimir Rogow, Mitglied des Hauptrates der militärisch-zivilen Verwaltung der Region. Der Beamte fügte hinzu, der Versuch sei gestoppt worden, die Artillerie habe funktioniert. Der Feind habe Verluste erlitten.

„Die Eindringlinge starteten einen massiven Beschuss von Energodar und entschieden sich für einen verzweifelten Angriff in der Gegend von Orechov. Wie immer warf das Zelenskij-Regime ungeschulte Jungs ins Gemetzel, die sofort starben“, schrieb Rogow in seinem Telegram-Kanal.

Er rief diejenigen, die ihre Waffen noch nicht niedergelegt haben, auf, dies zu tun und auf die friedliche Seite überzugehen.

„Denjenigen, die ihre Waffen noch nicht niedergelegt haben, bleibt die Wahl – für das Wohl ihrer selbst und ihrer Familien zu leben oder für den Dieb und Drogenabhängigen Selenskij zu sterben, der zuerst 73 % seiner Wähler betrogen und dann in einen größeren Krieg das Land geführt hat“, heißt es in der Botschaft.



[https://novorosinform.org/content/images/37/21/53721\\_720x405.jpg](https://novorosinform.org/content/images/37/21/53721_720x405.jpg)

17:03 (16:03) novorosinform.org: **Im Gebiet Saporoschje hat die Bildung von Freiwilligenbataillonen begonnen**

Das entsprechende Dekret wurde vom Leiter der militärisch-zivilen Verwaltung der Region Jewgeni Balizkij unterzeichnet.

Dies teilte er in seiner Videobotschaft mit, die auf dem Telegram-Kanal des Verwaltungschefs veröffentlicht wurde.

„Aufgrund zahlreicher Appelle von Einwohnern der Region habe ich ein Dekret über die Bildung von Freiwilligenbataillonen in der Region Saporoschje unterzeichnet“, erklärte Balizkij.

Viele Kosaken kämpften bereits als Teil der RF-Streitkräfte an den Grenzen der Region, zusammen mit russischen Soldaten, die den Frieden der Zivilbevölkerung schützen. Sie brauchten mehr Unterstützung. Jeder werde die Möglichkeit bekommen, sein Heimatland zu verteidigen, fügte Balizkij hinzu.

„Die Zeit ist gekommen, entschlossen zu handeln, zum gemeinsamen Sieg beizutragen“, betonte er.



[https://novorosinform.org/content/images/37/25/53725\\_720x405.jpg](https://novorosinform.org/content/images/37/25/53725_720x405.jpg)

### 16:07 de.rt.com: **Deutschland drohen Krankenhaus-Insolvenzen**

Wie der "Nordkurier" berichtet, warnt die Deutsche Krankenhausgesellschaft (DKG) vor Insolvenzen diverser Kliniken in Deutschland. Gestiegene Energiepreise und die hohe Inflation seien für viele Krankenhäuser nicht mehr zu stemmen. Dies betreffe bis zu 40 Prozent aller deutschen Krankenhäuser.

Einem Bericht im Nordkurier zufolge warnt die Deutsche Krankenhausgesellschaft e. V. (DKG) davor, dass Kliniken in Deutschland die gestiegenen Kosten nicht mehr tragen und auch nicht weitergeben können. Bis zu 40 Prozent der Krankenhäuser würde einer Blitzumfrage zufolge die Insolvenz drohen. Bereits im laufenden Jahr würden aber insgesamt 60 Prozent der Krankenhäuser rote Zahlen schreiben. Diese Lage werde sich im kommenden Jahr noch zuspitzen, so der Bericht weiter.

Dr. Gerald Gaß, [Vorstandsvorsitzender der DKG-Geschäftsstelle](#), erklärte gegenüber dem Nordkurier:

"An vielen Orten droht deshalb die Schließung von Krankenhäusern – mit negativen Folgen für die Versorgungssicherheit. Für viele Landkreise könnte das bedeuten, dass sie den Sicherstellungsauftrag übernehmen müssen, um für insolvente Kliniken einzustehen."

Der Fehlbetrag für das Jahr 2023 liege schätzungsweise bei 10 Milliarden Euro, so Gaß weiter. Die DKG fordert von der Bundesregierung einen Inflationsausgleich, um die stark gestiegenen Ausgaben der Krankenhäuser ausgleichen zu können. Langfristig müssten dann zudem die Bundesländer ihrer gesetzlichen Verpflichtung nach ausreichender Finanzierung nachkommen, heißt es.

Wie der Nordkurier weiter schreibt, können laut einer aktuellen Umfrage des Deutschen Krankenhausinstituts sogar 96 Prozent der Krankenhäuser die gestiegenen Kosten nicht mehr aus den laufenden Einnahmen bezahlen. Allein die Energiekostensteigerungen brächten die Kliniken bereits an den Rand der Zahlungsunfähigkeit.

Das Problem sei, dass die Kostensteigerungen mit staatlich reglementierten Preise kollidieren, so der Bericht weiter. Vorgesehen sei für 2022 nur eine Steigerung der Einnahmen für die Kliniken von 2,32 Prozent. Die Inflation liege aber schon bei knapp acht Prozent und werde auf zehn Prozent steigen. Hinzu kämen seit Jahren bekannte Probleme wie der chronische Personalmangel und die ausbleibende Investitionskostenfinanzierung durch die Bundesländer, so die DKG gegenüber dem Nordkurier.

Zudem sei auch weiterhin die Personalsituation in den Kliniken angespannt. Aktuell könnten 87 Prozent der Krankenhäuser deshalb nicht ausschließen, Stationen zeitweilig schließen zu müssen. Und fast 80 Prozent der Kliniken gehen davon aus, dass sie im Herbst wegen Personalmangels planbare Operationen und Eingriffe verschieben oder absagen müssten.

Laut der DKG würden hohe Personalvorgaben seitens der staatlichen Politik die Personalnot verschärfen. Das verbliebene Personal werde mit extremer Bürokratie überlastet. Die Organisation fordert, die Beschäftigten von zu viel Bürokratie zu befreien. "Im schlimmsten Fall werden Kliniken keine andere Wahl haben, als Personal abzubauen, um einer drohenden Schließung zuvorzukommen. Die Leidtragenden dieser politisch verursachten Entwicklung sind die Patientinnen und Patienten", erklärte Gaß.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/article/6329aa6bb480cc223d2791a0.jpg>

16:08 de.rt.com: **Putin: "Wir werden nicht von unserem souveränen Kurs abweichen"**

Russlands Präsident Wladimir Putin hat an einer feierlichen Zeremonie der Übergabe von Beglaubigungsschreiben ausländischer Botschafter in Moskau teilgenommen. Das Staatsoberhaupt Russlands begrüßte sie traditionsgemäß mit einer Rede, in der er auf die internationale Lage einging.

Russlands Präsident Wladimir Putin hat am Dienstag bei einer feierlichen Zeremonie die Beglaubigungsschreiben der neuen Botschafter von 24 Ländern [entgegengenommen](#). Diese fand traditionsgemäß im Alexander-Saal des Großen Kremlpalastes in Moskau statt. An der Zeremonie nahmen das Staatsoberhaupt Russlands, Vertreter des Außenministeriums und die Botschafter selbst teil.

Anwesend waren Botschafter aus Ägypten, Algerien, Armenien, Kolumbien, Kongo, Kuwait, Libyen, Mali, Moldawien, der Mongolei, Nepal, Neuseeland, den Philippinen, Portugal, Senegal, Serbien, Sudan, Südkorea, Tansania, Uganda, Uruguay, Venezuela, Weißrussland und Zypern.

Am Anfang gratulierte Putin den Botschaftern zum offiziellen Beginn ihrer diplomatischen Tätigkeit. Zugleich hob er hervor, dass derzeit aktiv ein multipolares, demokratischeres und gerechteres System der Weltordnung geschaffen werde. In diesem Zusammenhang erwähnte das Staatsoberhaupt Russlands den jüngsten Gipfel der Schanghaier Organisation für Zusammenarbeit. Er stellte fest:

"Diese objektive Entwicklung in Richtung Multipolarität stößt leider auf den Widerstand derjenigen, die versuchen, die Rolle des Hegemons im Weltgeschehen zu behalten und alles zu kontrollieren: Lateinamerika, Europa, Asien und Afrika."

Putin verurteilte außerdem die Tatsache, dass Europa den Transfer von 300.000 Tonnen blockierten russischen Düngemittels in bedürftige Länder behindert, und nannte dies "den Gipfel des Zynismus". Ferner sprach er über die Politik Russlands:

"Was Russland betrifft, werden wir nicht von unserem souveränen Kurs abweichen."

Auf diese Weise werde Russland weiterhin eine Einigungspolitik vorantreiben und akute regionale Konflikte lösen. Putin beschrieb dann die Beziehungen zwischen Russland und jedem der 24 Staaten. Unter anderem sagte der Präsident, dass Russland Serbien weiterhin unterstützen werde:

"Im Rahmen des Völkerrechts, das sich vor allem auf die Resolution 1244 des UN-Sicherheitsrats stützt, werden wir unseren serbischen Freunden weiterhin unsere volle

Unterstützung bei der Verteidigung der legitimen Rechte und Interessen Serbiens und beim Schutz seiner staatlichen Souveränität und territorialen Integrität gewähren."



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/article/6329a28648fbef15b24e13ec.jpg>

Russlands Präsident Wladimir Putin während der Zeremonie zur Entgegennahme der Beglaubigungsschreiben ausländischer Botschafter im Alexander-Saal des Großen Kremlpalastes in Moskau, Russland

#### 16:16 de.rt.com: **Die russische Staatsduma wird die Resultate der Referenden unterstützen**

Der Vorsitzende der russischen Staatsduma, Wjatscheslaw Wolodin, hat [erklärt](#), dass die Staatsduma die Bewohner der Donbass-Republiken und der Ukraine unterstützen wird, wenn sie für einen Beitritt zu Russland stimmen. Seine Worte auf einer Plenarsitzung am 20. September werden von TASS zitiert.

"Wenn sie (zuvor: "unsere Brüder in Donbass und der Ukraine" – Anm. der Red.) in einer direkten Willensbekundung zum Ausdruck bringen, dass sie Teil Russlands sein wollen, werden wir sie unterstützen", sagte Wolodin.

#### 17:41 (16:41) novorosinform.oeg: **"Für den Sieg, für Russland": Pasetschnik forderte alle auf, beim Referendum "Ja" zu sagen**

Ein alter Traum der Einwohner des Donbass ist wahr geworden: Vom 23. bis 27. September findet ein Referendum über den Anschluss der Region an Russland statt, erklärte das Oberhaupt der LVR, Leonid Pasetschnik.

Die Abstimmung müsse sofort erfolgen, da ukrainische Neonazis „alle roten Linien überschritten haben“, schrieb Pasetschnik auf seinem Telegram-Kanal.

Die Alliierten stellen sich dem NATO-Block entgegen, Russland schickt zusätzliche militärische Ressourcen in den Donbass. Parallel dazu stelle die Russische Föderation die Infrastruktur der Republik wieder her. Das bedeute, dass die LVR bereits ein Teil Russlands geworden sei, es bleibe nur noch zu gewinnen, glaubt das Oberhaupt der Republik.

Er drückte seine Zuversicht aus, dass alle Ziele der Sonderoperation erreicht und der gesamte Donbass vom Kiewer Regime befreit werden.

Das Oberhaupt der LVR rief alle Landsleute auf, sich an dem Referendum zu beteiligen.

„Ich fordere alle auf, ihr ‚JA!‘ zur Zukunft, zum Sieg, zu Russland zu sagen“, schrieb Pasetschnik.

Er versprach auch, sich in naher Zukunft mit der Bitte an den russischen Präsidenten Wladimir Putin zu wenden, eine Entscheidung über den Beitritt der LVR in die Russische Föderation nach einem Referendum zu treffen.



[https://novorosinform.org/content/images/37/31/53731\\_720x405.jpg](https://novorosinform.org/content/images/37/31/53731_720x405.jpg)

### Telegram-Kanal des Stabs der Territorialverteidigung der DVR: **Abendbericht des Stabs der Territorialverteidigung der DVR am 20. September 2022**

Die Behörden der DVR führen weiter vorrangige Maßnahmen zum Wiederaufbau des sozial-humanitären Bereichs durch.

In 42 befreiten Ortschaften wurden Renten und Sozialunterstützung ausgezahlt.

Zwei Mobilfunkbasisstationen wurden in Mariupol in Betrieb genommen.

Mehr als 2200 Menschen wandten sich an Einrichtungen des Gesundheitswesens.

In Mariupol und Wolnowacha gehen die Reparaturarbeiten am Gasversorgungssystem weiter. Zivilschutzkräfte haben mehr als 44 Hektar Territorium und 204 explosive Objekte entschärft.

Spezialisten der Elektrizitätswerke führen weiter Reparatur- und Wiederaufbauarbeiten an Stromnetzen und Umspannwerken in Kominternowo, Wolnowacha, Mariupol und Mironowskij durch. In Mariupol und Wolnowacha wurden Haushalte angeschlossen.

Die bewaffneten Formationen der Ukraine beschießen weiter Objekte der Stromversorgung der Donezker Volksrepublik. In der Folge von Angriffe haben Industriebetriebe, soziale Objekte und Haushaltsverbraucher keinen Strom.

**Die ukrainischen Kämpfer beschießen zielgerichtet Energieinfrastruktur, um im Donbass eine humanitäre Katastrophe zu schaffen.** Auch in den Ortschaften, die im Verlauf der militärischen Spezialoperation befreit wurden, hat der Gegner dem Stromversorgungssystem enormen Schaden zugefügt.

Dennoch unternehmen die Energietechniker der Donezker Volksrepublik alle notwendigen Maßnahmen, um rechtzeitig Reparatur- und Wiederaufbauarbeiten an den Stromnetzen und Umspannwerken vorzunehmen.

Das Innenministerium und die Militärkommandantur der DVR überprüfen weiter Ausweise und gewährleisten den Schutz der öffentlichen Ordnung in allen befreiten Ortschaften.

Bei Informationen über verdächtige Personen oder mögliche rechtswidrige Aktivitäten bitten wir, sich unverzüglich an die Telefonnummern des Staatssicherheitsministerium der DVR zu wenden.

### 16:53 de.rt.com: **Russlands Verteidigungsministerium: Ukraine verliert Hunderte Soldaten, drei Panzer und ein Flugzeug**

Die ukrainischen Streitkräfte haben am vergangenen Tag insgesamt Hunderte Soldaten, mehrere Militärfahrzeuge und ein Flugzeug verloren. Dies meldete Russlands Verteidigungsministerium während seines täglichen Presseberichts. Der Sprecher der

Behörde, Generalleutnant Igor Konaschenkow, erklärte:

"Durch Präzisionsschläge gegen Stellungen der 81. Luftsturmgrade und 66. Mechanisierten Brigade der Streitkräfte der Ukraine in der Nähe der Siedlungen Tscherwoni Oskol und Studenok im Gebiet Charkow, der 93. Mechanisierten Brigade in der Nähe von Bogoroditschnoje in der Donezker Volksrepublik wurden über 120 ukrainische Militärangehörige getötet, drei Panzer und zwölf Automobile zerstört."

Weitere Verluste habe Kiews Militär im Gebiet Nikolajew erlitten. Dort seien bei Luftschlägen in der Nähe der Siedlungen Nowogrigorowka und Nowaja Odessa über 70 Angehörige der 35. Brigade der Marineinfanterie und 114. Territorialverteidigungsbrigade getötet und über 15 Militärfahrzeuge zerstört worden. Im Gebiet Cherson seien bis zu 100 Angehörige der 59. Motschützenbrigade getötet und sieben Panzerfahrzeuge zerstört worden. Außerdem wurden in der Stadt Nikolajew Werkhallen der lokalen Panzerfabrik zerstört. Russlands Luftstreitkräfte haben zudem ein ukrainisches Kampfflugzeug vom Typ Su-24 in der Nähe der Ortschaft Nowoschelannoje der Donezker Volksrepublik abgeschossen. Die Luftabwehr habe zwölf Drohnen und zwei US-amerikanische HARM-Raketen abgeschossen, so die Meldung des Verteidigungsministeriums weiter.

18:11 (17:11) [novorosinform.org](http://novorosinform.org): **Puschilin legte Blumen am Ort des Todes der 13 Einwohner von Donezk nieder, die unter dem Beschuss der Streitkräfte der Ukraine starben**

Das Oberhaupt der DVR, Denis Puschilin, besuchte den Bakinskich-Komissarow-Platz im Kuibyschewskij-Bezirk von Donezk.

Aleksej Nikonorow, Chef des Präsidialbüros der DVR, traf ebenfalls am Ort der Tragödie ein. Dies teilte der Kriegsberichterstatter Andrej Rudenko in seinem Telegram-Kanal mit.

"Der Staatschef der DVR, Denis Pushilin, und der Leiter des Präsidialverwaltung, Aleksej Nikonorow, legten Blumen an der Stelle nieder, an der 13 Zivilisten durch Beschuss durch die Streitkräfte der Ukraine getötet wurden", schrieb der Korrespondent.

Er postete auch ein Video von der Szene.

Am Montag griffen die Streitkräfte der Ukraine die Einkaufszentren im Bezirk Kuibyschewski in Donezk an. 13 Zivilisten wurden Opfer des Beschusses.



[https://novorosinform.org/content/images/37/35/53735\\_720x405.jpg](https://novorosinform.org/content/images/37/35/53735_720x405.jpg)

17:22 de.rt.com: **Sacharowa: Selenskij, ein "blutiger Joker aus gezinktem US-Blatt, der Land und Volk vernichtet hat"**

Die Gegenoffensive des ukrainischen Präsidenten Wladimir Selenskij hat das Land zerstört, das ihm anvertraut wurde. Dies [schrieb](#) die Sprecherin des russischen Außenministeriums, Maria Sacharowa, am Dienstag auf ihrem Telegram-Kanal:

"Selenskij's Gegenoffensive hat sich kontraproduktiv auf die Ukraine ausgewirkt. Der blutige

Kiewer Joker aus dem gezinkten US-Blatt hat sowohl das Land als auch die ihm anvertrauten Menschen vernichtet."

Berichte über hohe Personalverluste des ukrainischen Militärs waren seit Beginn der russischen Intervention in den Ukraine-Krieg permanent Gegenstand von Medienberichten und Erklärungen der [russischen](#), aber auch der [ukrainischen](#) Seite und sind es immer noch.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/original/6329dab148fbef1c97649712.jpg>

*Die Sprecherin des russischen Außenministeriums Maria Sacharowa, Aufnahme vom 6. September*

### 17:28 de.rt.com: **Telegram und Co: Verfassungsschutz beschäftigt "Online-Trolle", um Hass zu schüren**

Der Verfassungsschutz soll einem Bericht der "Süddeutschen Zeitung" zufolge in den sozialen Medien offenbar hunderte Fake-Accounts betreiben. Diese sollen Spione dazu nutzen, um in den observierten Chat-Gruppen "mitzupöbeln". Auch Stimmungen sollen so beeinflusst werden.

Psychologische Operationen, sogenannte Psy-Ops, sind so alt wie die Kriegsführung selbst. Durch das Streuen gezielter Falschinformationen soll der Gegner zur Herausgabe von Informationen oder Ausübung gewisser Handlungen verleitet werden – ganz im Sinne des Manipulierenden. Eine Taktik, die von Geheimdiensten oftmals zur Manipulation von Menschen im Ausland benutzt wird. In Deutschland scheinen die Geheimdienste im Rahmen solcher Aktionen statt ausländischer Staatsbürger jedoch lieber die eigene Bevölkerung ins Visier zu nehmen. Das geht aus einem am Montag veröffentlichten Bericht der Süddeutschen Zeitung (SZ) hervor.

In einem Interview mit der SZ gestanden Beamte des Verfassungsschutzes nun ein, ein Netz aus gefälschten – meist als "rechtsextrem" eingestuft – Social-Media-Accounts zu betreiben, um in etwaigen Kanälen rassistische Sprüche zu posten und über Flüchtlinge sowie verhasste "Systempolitiker" und "Volksverräter" zu hetzen. Mit anderen Worten: Die Spione sollen die Stimmung in den observierten Chat-Gruppen beeinflussen. Hunderte "virtueller Agenten" soll der Deutsche Inlandsgeheimdienst dem SZ-Bericht zufolge zu diesem Zweck beschäftigten – auf Kosten der Steuerzahler.

Im Visier der professionellen "Trollgruppe" stehen neben vermeintlich rechten Chat-Gruppen vor allem Social-Media-Kanäle der linksextremem, islamistischen, aber auch "verschwörungsideologische" Szene. "Man muss sich da erst mal ein bisschen warmlaufen", erklärte eine Agentin der SZ. "Gucken, welche Sprüche funktionieren." Um das Vertrauen anderer Nutzer zu gewinnen, müsse man möglichst authentisch rüberkommen. Deshalb sei sie

angeleitet, "selbst ein bisschen rechtsradikal zu spielen":

"Um wirklich glaubwürdig zu sein, reicht es nicht, Aussagen anderer zu teilen oder zu liken, man muss auch selber Aussagen tätigen. Das heißt, die Agenten pöbeln und hetzen auch mit."

Den Agentin sei zwar bewusst, dass sie Menschen damit in ihrem Weltbild bestärke.

Allerdings gehöre zu ihren Aufgaben auch, die Szene zu "füttern". Was genau sie damit meinte, geht aus dem Bericht allerdings nicht hervor. Einer früheren Recherche der Süddeutschen Zeitung zufolge sollen die virtuellen Agenten jedoch eine tragende Rolle bei den Ermittlung im Fall der extremistischen Chat-Gruppe "Vereinigte Patrioten" gespielt haben. Mehrere Mitglieder der Gruppe wurden der Bildung einer rechtsterroristischen Vereinigung verdächtigt. Ihnen wird zudem unterstellt, die Entführung von Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD) geplant zu haben.

Das Ziel der Online-Agenten besteht demnach darin, in die inneren Kreise aufgenommen zu werden. Die besonders einflussreichen Leute der Szene kennenzulernen, brauche aber Zeit, so die Agentin. Das funktioniere lediglich, indem man sich über "gemeinsame Freunde" an die "dicken Fische" annähert. "Jeder Mensch braucht Freunde". Laut der Agentin ahnten viele Opfer dieser Orwellschen Überwachungsmethoden nicht, wie viele Accounts in ihren Chatgruppen inzwischen schon von Verfassungsschutz-Agenten geführt werden.

"Das ist die Zukunft in der Informationsbeschaffung", entgegnete ein namentlich ungenannter Leiter eines Landesamts gegenüber der SZ. Die Mittel für solche Missionen habe man 2019 im großen Stil aufgestockt. Auslöser dafür sei nach Angaben des anonymen SZ-Informanten demnach der Mord an dem CDU-Politiker Walter Lübcke gewesen, gegen den im Netz zuvor viel gehetzt wurde. Mittlerweile gebe es so viele von der Behörde betriebene Fake-Accounts, dass bundesweite Absprachen nötig seien. Andernfalls könnten sie sich gegenseitig ins Visier nehmen.

Doch die enorme Masse an Fake-Accounts sei notwendig: Radikale Zirkel, erläuterte ein Agent der SZ, seien oft "zwiebelartig aufgebaut". Um in den inneren Kreis hineinzukommen, würden Neulinge erst einmal befragt, ihre ideologische Haltung "abgeklopft". "Hast du das gelesen? Was sagst du dazu", veranschaulichte er. Darauf müsse man als Agent oder Agentin sofort antworten können. Sonst fliege man raus, da "rechte Gruppen" – wie etwa die "Atomwaffen Division" – äußerst paranoid seien.

Mit der Zeit wachse zudem die Gefahr, dass sich die Agenten selbst in den Ideologien verlieren, gestand ein hochrangiger Beamter des Verfassungsschutzes gegenüber der SZ ein. "Man braucht ein bestimmtes psychologisches Profil." Bei denjenigen Agenten, die den ganzen Tag in den sozialen Netzwerken unterwegs seien, bestehe demnach eine erhöhte Gefahr, dass sie den Erzählungen dort selbst verfallen. Wer sich den ganzen Tag lang in einem "geschlossenen Weltbild" bewege, der müsse immer daran arbeiten, Distanz zu bewahren, so der Beamte. "Geschlossene Weltbilder neigen dazu, in sich logisch zu sein."

Vom Verfassungsschutz eigens beschäftigte Psychologen sollen deshalb verhindern, dass ein Cyber-Agent "abrutscht". Falls einer dann doch mal abdriftet, fungieren sie zugleich aber auch als Aufpasser. Auf die Frage, wie oft das schon passiert sei, reagierte der hochrangige Beamte lediglich mit Schweigen. Die Aufgabe eines virtuellen Agenten sei es, Tag und Nacht mitzuhetzen und im Sinne der jeweiligen Ideologien zu argumentieren – und dabei "trotzdem straight bleiben", erklärte er:

"Man muss die Szene verstehen, ohne gleichzeitig Teil dieser Szene zu werden. Nicht jeder kann das lernen."



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/article/6329ac3948fbef1c976496d2.jpg>

18:30 (17:30) [novorosinform.org](http://novorosinform.org): **SBU-Agent, der Studenten in Cherson rekrutierte, enttarnt**

Der Mann leitete eine Abteilung der Chersoner Zweigstelle der Charkower Nationaluniversität der Luftwaffe.

Die Behörden Russlands enttarnten einen SBU-Agenten in Cherson. Nikolaj Sapoga arbeitete für die Sonderdienste der Ukraine und war gleichzeitig Leiter einer Abteilung in der Zweigstelle der Charkower Nationaluniversität der Luftwaffe in Cherson.

Zu Beginn der Sonderoperation floh Sapoga von Cherson nach Poltawa und nahm im Sommer Kontakt mit einem Komplizen in Cherson auf, um die Situation in der Stadt und die Stimmung "unter seinen Studenten" zu erfahren.

Der SBU-Mitarbeiter forderte die Studenten auf, in das von Kiew kontrollierte Gebiet zu reisen und eine militärische Bildungseinrichtung in Poltawa zu besuchen, "mit der Aussicht, im SBU zu arbeiten".

„Außerdem verlangte er, über die Lage in der Stadt zu berichten und die Folgen des Beschusses [auf die Streitkräfte der Ukraine] zu filmen“, sagte ein Mitarbeiter der russischen Strafverfolgungsbehörden in einem Interview mit RIA Novosti.



[https://novorosinform.org/content/images/37/36/53736\\_720x405.jpg](https://novorosinform.org/content/images/37/36/53736_720x405.jpg)

17:45 [de.rt.com](http://de.rt.com): **Angeheizt durch Energiekosten: Erzeugerpreise steigen um mehr als 45 Prozent**

*Desiree Lambert*

Die als Indikator für die Entwicklung der Verbraucherpreise geltenden Erzeugerpreise haben

im August einen Rekordanstieg erfahren. Angeheizt durch hohe Energiekosten erhöhten sich die Preise für gewerbliche Produkte gegenüber dem Vorjahresmonat um 45,8 Prozent. Die deutschen Hersteller haben im vergangenen Monat wegen hoher Öl-, Gas- und Stromkosten so hohe Preise für ihre Erzeugnisse verlangt wie nie. Wie das statistische Bundesamt am Dienstag mitteilte, stiegen die Erzeugerpreise im Vergleich zum Vorjahresmonat um durchschnittlich 45,8 Prozent. Dies sei "der höchste Anstieg gegenüber dem Vorjahresmonat seit Beginn der Erhebung im Jahr 1949". Im Vergleich zum Vormonat legten sie um 7,9 Prozent zu. In der Statistik werden die Preise für die Verarbeitenden Gewerbe und im Inland verkauften Produkte ab Werk für den August geführt.

Der enorme Anstieg überrascht selbst Ökonomen, die zuvor noch von einem Rückgang des Anstiegs der Erzeugerpreise auf 37,1 Prozent ausgegangen waren. "Ein unfassbarer Preishammer", sagte Jens-Oliver Niklasch, Volkswirt bei der Landesbank Baden-Württemberg (LBBW), dem Nachrichtenmagazin T-Online. "Das alles verheißt nichts Gutes für die Inflation. Sie ist gekommen, um zu bleiben." Die Erzeugerpreise gelten als Vorläufer für die Entwicklung der allgemeinen Inflation.

Diese lag im August bei 7,9 %. Im Juli war die Inflationsrate noch von zuvor 7,6 auf 7,5 % zurückgegangen, was jedoch vor allem an der vorübergehenden Mehrwertsteuersenkung auf Spirit sowie dem 9-Euro-Ticket lag. Beide Maßnahmen sind Ende August allerdings ausgelaufen, weshalb die Bundesbank im September mit einem weiteren Inflationsschub rechnet. Die Inflationsrate dürfte "in den nächsten Monaten in den zweistelligen Bereich vorrücken", mahnte die Bank.

Getrieben wird die Entwicklung der Erzeugerpreise dabei nach wie vor von den Kosten für Energie. So stiegen die Kosten für Erdgas im August innerhalb eines Jahres um 209,4 %. Kraftwerksbetreiber mussten für den Bezug von Erdgas sogar 269,1 % mehr aufwenden, die Industrie 264,9. Für Strom wurden ganze 174,9 % mehr fällig als noch ein Jahr zuvor und Mineralölerzeugnisse kosteten die Erzeuger 37 % mehr. Ohne Berücksichtigung von Energie waren die Erzeugerpreise 14 Prozent höher als im August 2021, im Vergleich zum Vormonat stiegen sie kaum.

Auch auf sogenannte Vorleistungsgüter wie Metalle oder chemische Grundstoffe schlagen die hohen Energiepreise durch. Darüber hinaus sind auch auch Gebrauchs- und Verbrauchsgüter von den enormen Teuerungen betroffen.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/article/6329bdb248fbef17a4543532.jpg>

### 17:56 de.rt.com: **Duma verschärft Strafgesetze zum Wehrdienst und zu Rüstungsaufträgen**

Die Duma hat am Dienstag ein Gesetz beschlossen, mit dem die Strafbarkeit von Verstößen Wehrdienstpflichtiger unter Kriegsbedingungen verschärft und eine Reihe neuer Straftatbestände mit Bezug zum Wehrdienst und staatlichen Rüstungsaufträgen eingeführt wird.

Alle bereits vorhandenen Straftatbestände, die Taten Wehrdienstpflichtiger betreffen, erhalten

eine strafverschärfende Einstufung, wenn sie "in der Zeit der Mobilmachung, des Kriegsrechts, in Kriegszeiten oder unter den Bedingungen eines bewaffneten Konflikts oder einer Kampfhandlung" begangen werden. Das betrifft Straftatbestände wie die Nichtbefolgung eines militärischen Befehls, den Widerstand gegen einen Vorgesetzten im Militärdienst, das unerlaubte Verlassen des Dienstes, die Fahnenflucht, die Dienstverweigerung, die Verletzung der Dienstvorschriften und den Verlust von militärischem Eigentum.

Neu eingeführt wird die Strafbarkeit des grundlosen Sich-Ergebens (drei bis zehn Jahre Haft) sowie von Plünderungen und des Marodierens (bis zu fünfzehn Jahre Haft). Ebenfalls neu ist die Strafbarkeit wiederholter Nicht- oder Schlecht-Erfüllung staatlicher Rüstungsbestellungen.

**abends:**

### 18:12 de.rt.com: **Olaf Scholz: Deutschland wird Ergebnisse der Referenden in der Ostukraine nicht anerkennen**

Bundeskanzler Olaf Scholz hat bereits jetzt eine Meinung zu den Volksabstimmungen über die jeweilige Zugehörigkeit zu Russland oder der Ukraine, die in den Volksrepubliken Lugansk und Donezk sowie in den Regionen Cherson und Saporoschje geplant sind. In New York, wohin er am Dienstag gereist ist, um an der UN-Generalversammlung teilzunehmen, trat der Bundeskanzler vor die Fernsehkameras, um zu diesem Thema ein Statement abzugeben. Scholz erklärte, Berlin werde das Ergebnis der "Scheinreferenden" nicht anerkennen und nannte das russische Vorgehen eine "imperialistische Aggression".



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/original/6329e679b480cc6ed9340224.jpeg>

*Bundeskanzler Scholz am 20.09.22 in New York*

**Telegram-Kanal der Volksmiliz der DVR: Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR über die Lage um 19:30 Uhr am 20.09.22**

**Am heutigen Tag hat der Gegner nach Informationen des GZKK-Vertreters der DVR mehr als 110 Geschosse mit Rohrartillerie des Kalibers 155 und 152mm sowie 120mm-Mörsern abgefeuert.**

Die Gebiete von **9 Ortschaften** der Republik wurden beschossen. Infolge des Beschusses wurden **2 Zivilisten verletzt**. Ein Gebäude wurde zerstört und 19 Gebäude und 2 zivile Infrastrukturobjekte wurden beschädigt.

Zusätzliche Informationen über verletzte Zivilisten und Schäden an Infrastruktur werden noch

gesammelt.

Die Arbeiten zur Minenräumung von Antipersonenminen PFM-1 „Lepestok“ (PFM-1S) werden weitergeführt. Wir bitten eindringlich, bei der Bewegung vorsichtig zu sein und auch die Kontrolle über Kinder zu verstärken.

### 18:50 de.rt.com: **Soziologen: Prorussische Einstellungen im Südosten der Ukraine auf historischem Hoch**

Das [Republikanische Institut für Politische und Soziologische Forschung](#) mit Sitz auf der Krim hat eine [Umfrage](#) in den Volksrepubliken Donezk und Lugansk sowie in den russisch kontrollierten Teilen der Gebiete Cherson und Saporoschje durchgeführt. Es kam zu dem Ergebnis, dass sich die prorussischen Ansichten in diesen Regionen derzeit auf einem historischen Höchststand seit 1991 befinden – und auf einem Höchststand, seit diese Frage Gegenstand soziologischer Untersuchungen ist.

Demnach will in allen vier Regionen die absolute Mehrheit der Befragten an einem Referendum über die Zugehörigkeit ihres Gebietes zu Russland teilnehmen. In den Volksrepubliken Donezk (DVR) und Lugansk (LVR) bekundeten jeweils 86 bzw. 87 Prozent diese Absicht, im Gebiet Cherson waren es 72 Prozent, und in den russisch kontrollierten Teilen des Gebietes Saporoschje 83 Prozent.

Von denen, die an dem Referendum teilnehmen wollen, bekundeten in der DVR 94 Prozent und in der LVR 93 Prozent, für den Beitritt ihrer Republik zu Russland stimmen zu wollen. In den beiden anderen Regionen ist diese Zahl etwas geringer: Im Gebiet Cherson sprechen sich 80 Prozent und im Gebiet Saporoschje 87 Prozent derjenigen, die am Referendum teilnehmen wollen, für eine Vereinigung mit Russland aus.

Die Umfragen fanden am 13. und 14. September statt. Befragt wurden nach Angaben des Instituts jeweils 993 Personen in den Volksrepubliken Donezk und Lugansk sowie im Gebiet Saporoschje. Im Gebiet Cherson war die Zahl mit 1000 Befragten etwas höher.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/original/6329ef2648fbef15b24e144f.jpg>  
*Donezk stimmte bereits am 11.05.2014 für die Loslösung von der Postmaidan-Ukraine*

### 19:24 de.rt.com: **Verwaltungschef des Gebietes Saporoschje: Referendum findet vom 23. bis 27. September statt**

Das Referendum über die Sezession des Gebietes Saporoschje von der Ukraine und den Beitritt zu Russland wird zwischen dem 23. und 27. September stattfinden. Dies vermeldete das Oberhaupt der regionalen Verwaltung, Jewgeni Balizki. In einer auf seinem Telegram-Kanal veröffentlichten [Videoansprache](#) sagte er:

"Heute habe ich die Anordnung über die Durchführung des Referendums bezüglich der territorialen Zugehörigkeit des Gebietes Saporoschje unterschrieben. Es wird zwischen dem 23. und 27. September stattfinden."

Balizki erklärte, er sei sich sicher, dass der Zeitpunkt für die Durchführung des Referendums richtig gewählt sei. Technisch sei alles vorbereitet und die Sicherheit der Wahllokale könne gewährleistet werden, während die russische Armee die Grenzen des Gebietes schütze. Laut Balizki wünsche sich die Mehrheit der Gebietsbevölkerung das Referendum:

"Dies ist der Wille der Bewohner des Gebietes Saporoschje, und niemand hat das Recht, uns daran zu hindern, von unserem Selbstbestimmungsrecht Gebrauch zu machen."

Zuvor waren Referenden auch von den Staatschefs der DVR bzw. LVR, Denis Puschilin und Leonid Passetschnik, sowie vom Oberhaupt der Verwaltung des Gebietes Cherson, Wladimir Saldo, angekündigt worden.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/original/6329f44448fbef17a4543578.jpg>

*Das Oberhaupt der Verwaltung des Gebiets Saporoschje, Jewgeni Balizki*